

HUCH

#97

ZEITUNG DER STUDENTISCHEN SELBSTVERWALTUNG

BERICHT

KEINE UNI FÜR TÄTER!

20 JAHRE UNI-RASSIST

VORURTEILSFREIE
WISSENSCHAFT?

RASSISMUS
UND
KAPITALINTERESSEN

DIE GRENZEN
DER INTERSEKTIONALITÄT

KULTURKAMPF
OHNE ALTERNATIVE?

DER FALL DDR

PUBLISHING
IS CANCELLED

GENDER IN PARADISE

KUSCHELKURS
URLAUBSKOLONIALISMUS

0,00€

INHALT

Seite		Rubrik
3	Editorial	
5	Was macht eigentlich... das AntiRa-Referat?	Anstalt
7	Keine Uni für Täter!	
9	20 Jahre uni-rassist	
11	Vorurteilsfreie Wissenschaft?	
13	Rassismus und Kapitalinteressen	Aufsatz
17	Die Grenzen der Intersektionalität	
21	Kulturkampf ohne Alternative?	
25	Zur Kritik am Antisemitismus und Antikommunismus in der DDR-Aufarbeitung	
29	Publishing is Cancelled	Abspann
31	Gender in Paradise	
33	Kuschelkurs Urlaubskolonialismus	
35	Wahrheit & Nachrichten	ПРАВДА И ИЗВЕСТИЯ
	Impressum · Weiterlesen · Mitarbeit	

EDITORIAL

DIE REDAKTION

Die *HUch – Zeitung der studentischen Selbstverwaltung* ist die kritische Studierendenzeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie richtet ein besonderes Augenmerk auf die allgegenwärtigen Konflikte in unserer Gesellschaft und fragt nach der Rolle der Universität im sozialen Gefüge. Dabei geht eine Gesellschaftskritik, die auf ein besseres Leben zielt, Hand in Hand mit einer Kritik der Universität, die unser Bedürfnis nach umfassender Bildung zum Ausdruck bringt.

Die aktuelle Ausgabe HUch#97 hat sich dieses Mal die Themen Migration, Rassismus und Antisemitismus zu den inhaltlichen Schwerpunkten gesetzt. Unsere Autor*innen nähern sich den Themen von verschiedenen Positionen aus – doch wie immer ist auch in dieser HUch Platz für Artikel, die relevante Themen jenseits der Schwerpunkte behandeln. Dabei üben sie stets eine rege Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Die Redaktion wünscht allen Lesenden eine erhellende sowie anregende Lektüre!

3

ANSTALT

In unserer Serie *„Was macht eigentlich...“* stellt sich dieses Mal das Referat für Antirassismus vor und berichtet aus seinem Arbeitsalltag, von seiner Position und Relevanz für Studierende sowie von größeren Projekten.

Im Kontext der Vorwürfe gegen Andreas Kohring liefert die HUch-Redaktion ein kurzes Statement in *Keine Uni für Täter!* und druckt zur Information aller Studierenden die dazugehörige Pressemitteilung des RefRats ab.

Passend zum Jubiläum des Vereins uni-assist übt Benjamin Kley in seinem Artikel *20 Jahre uni-rassist* eine scharfe Kritik am Verein und rechnet mit dessen rassistischen Praktiken ab.

Louise Hillermann kritisiert in *Vorurteilsfreie Wissenschaft?* das vom HU-Dozenten Ruud Koopmanns geschriebene Sachbuch "Die Asyl-Lotterie" und stellt am Beispiel des Dozierenden die Frage nach möglichen Zusammenhängen von wissenschaftlicher Lehre und einer potentiell reaktionären politischen Agenda.

AUFSATZ

Rassismus und Kapitalinteressen werden von Barış Yazarsu in einer materialistischen Analyse miteinander in Verbindung gebracht – dabei wird vor allem deutlich, dass eine antirassistische Kritik nur gemeinsam mit einer Kritik an den ökonomischen Verhältnissen geübt werden kann.

Jordan Rant geht in *Grenzen der Intersektionalität* ebendiesen Grenzen des Begriffes nach und betrachtet Möglichkeiten, aber vor allem Versäumnisse des theoretischen Konzepts, zu welchem anderem die fehlende Einbindung von Antisemitismus gehört.

Mit *Kulturkampf ohne Alternative?* rechnet Jonas Stutz ab mit dem von rechts aufgeladenen und imaginierten Begriff des sogenannten Kulturkampfs. Dabei macht er sich eindeutig gegen eine scheinbare Alternativlosigkeit von Links stark.

Kristina N. Ders zeichnet in ihrem Artikel *Zur Kritik am Antisemitismus und Antikommunismus in der DDR-Aufarbeitung* ein differenziertes Bild der Verknüpfung beider Phänomene. Es wird deutlich, dass die DDR-Aufarbeitung der BRD gerade von einer kritischen Linken weder arglos noch leichtfertig übernommen werden darf.

ABSPANN

Publishing is Cancelled – diesen Eindruck gewinnt zumindest die Protagonistin in Rebecca Kuangs Roman „Yellowface“. Über Kuangs Thematisierung von Rassismus, potentieller Kritik an Diversity-Konzepten wie auch an der sogenannten ‚Cancel Culture‘ erfahren wir in Ronja Arndts Rezension.

Dennis Graemer analysiert in seinem Artikel *Gender In Paradise* Greta Gerwig's Film „Barbie“ mit Kritik an den Theoriekonzepten des Afro- und Gynopessimismus. Mit seiner materialistischen Analyse kommt er vermutlich zu einem anderen Schluss als ein Großteil der Kinogänger*innen, die den Film dieses Jahr auf der Leinwand verfolgt haben.

In *Kuschelkurs Urlaubskolonialismus* wagt Gert Hasbrüler eine Kritik an unserem modernen Verständnis von Urlaub und hält dabei den reisenden, reichen Mitteleuropäer*innen auf polemische Art und Weise einen Spiegel vor's Gesicht, in dem sie sich als Kulturvoryerist*innen erblicken müssen.



WAS MACHT EIGENTLICH ... DAS ANTIRA-REFERAT?

REFERAT FÜR ANTIRASSISMUS

Wir sind das AntiRa(ssismus)-Referat der Humboldt Universität zu Berlin und bilden somit ein Glied der studentischen Selbstverwaltung der Universität. Unsere Arbeit als AntiRa-Referat basiert auf dem "FUBU" (*for us by us*) - Konzept, also übersetzt "für uns, von uns". Wir sehen uns außerdem als intersektionaler Raum, d.h. wir nehmen es uns zur Aufgabe sich verschränkende Identitäten und Erfahrungen in unserer Arbeit mitzudenken, da Identitätsmerkmale oftmals nicht isoliert vorkommen. Mit "uns" sind all jene Studierenden gemeint, die von Rassismus betroffen sind/rassifiziert werden. Jene Gruppe zu kategorisieren ist sehr komplex. Um von einem schwammigen Betroffenheitsbegriff wegzugelangen, überlegten wir, unser Referat beispielsweise in das BIPoC (Black, Indigenous, People of Color) - Referat umzubenennen. Allerdings birgen sich auch hierhinter Problematiken.

5 Einerseits identifizieren sich viele rassifizierte Menschen aufgrund der Diversität der Erfahrungen, die in diesem Sammelbegriff inkludiert werden, nicht mit diesem Begriff nicht. Weiterhin stammt der Begriff aus einem US-amerikanischen Kontext und hat in einem deutschen Kontext andere Konnotationen. Zuletzt ist das Verwenden englischer Begriffe in politischen Kontexten in Deutschland häufig sehr exklusiv, elitär und von einem akademischen Milieu geprägt. Dies wollen wir vermeiden und versuchen, uns als Student*innen auch außerhalb diesen elitären Raum zu reichen.

Zu unseren Hauptaufgaben zählt neben der Interessenvertretung der von Rassismus betroffenen Studierenden sowie der Vernetzung mit Organisationen und anderen Referaten auch, außeruniversitär und hochschulpolitische Forderungen zu stellen. Zudem fungieren wir als Anlaufstelle bei Vorfällen von Rassismus gegen Studierende. Betroffene können sich per Mail oder in unseren Sprechzeiten am Donnerstag von 14–16 Uhr an uns wenden. Daraufhin können wir im Rahmen unserer Handlungsmöglichkeiten Schritte einleiten: wie zum Beispiel Mediationsgesprächen initiieren, Beschwerden einreichen, AntiRa-Weiterbildungen vermitteln und viel mehr. Wir sind mit zahlreichen Organisationen vernetzt und können, wenn nötig, die Fälle an jene Vereine oder an die studentische Antirassismus-Beratungsstelle weitervermitteln.

Auch wollen wir eine bessere Vernetzung unter den von Rassismus betroffenen Studierenden ermöglichen, beispielsweise durch Vernetzungstreffen und Empowerment-Veranstaltungen, in denen sich zu Erfahrungen und Bedürfnissen ausgetauscht werden kann. Ein weiteres Anliegen in unserer Arbeit ist es, koloniale Kontinuitäten im Hochschulkontext aufzuzeigen, sei es bei Inhalten von Vorlesungen oder auf struktureller Ebene. Zur Vernetzung gibt es bereits einen Moodle-Kurs, in dem sich zu Neuigkeiten und Eigeninitiativen ausgetauscht werden kann.

Schreibt uns gerne, wenn ihr beitreten möchtet.

Zuletzt wollen wir ein Online-Tool einrichten, um das Melden von Rassismussvorfällen den Studierenden zu erleichtern und uns eine bessere Übersicht zu verschaffen.

Wir wünschen uns für die Zukunft mehr Bestärkung/Empowerment für unsere Gemeinschaft(-en) an der Universität.

Ihr erreicht uns unter antira@refrat.hu-berlin.de oder zu unserer Sprechstunde unter (030) 2093-46662.



KEINE UNI FÜR TÄTER!

**HUCH-REDAKTION
&
REFRAT**

Der anonym veröffentlichte Indymedia-Artikel „Keine Uni für Täter“¹ benannte am 13.07.2023 Dr. Andreas Kohring vom Lehrstuhl Alte Geschichte erstmalig als mutmaßlichen Täter an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er wird darin bezichtigt, „die Uni für alle Menschen in seinen Vorlesungen und an seinem Lehrstuhl durch verbale und körperliche sexualisierte Gewalt zur Hölle zu machen“². Diese Vorwürfe und die darauffolgende starke Medienresonanz setzten einen Prozess in Gange, welcher am 30.08.2023 darin gipfelte, dass Andreas Kohring offiziell gekündigt wurde.

Der RefRat arbeitete dafür intensiv mit den Betroffenen wie auch der Universitätsleitung zusammen, um den Schutz Studierender vor weiterem potentiellen Machtmissbrauch seinerseits zu gewährleisten. Die HUCH-Redaktion solidarisiert sich mit allen Betroffenen und findet es richtig, dass dieser längst überfällige Schritt seitens der Universitätsleitung getätigt wurde.

Zur Einordnung der Ereignisse veröffentlichen wir die Stellungnahme des RefRats vom 24.07.2023, welche näher auf die vorangegangene Chronik und die erfolgte Arbeit der involvierten Referate / der zuständigen AG des RefRats eingeht, wie auch folgende Schritte und Konsequenzen, die der RefRat zieht, beleuchtet.

Da der Indymedia-Artikel auch den Referent_innen vorwirft, nicht hinreichend Maßnahmen ergriffen zu haben, um Betroffene zu schützen, möchten wir diese Kritik mittels der zusätzlichen Informationen, die die Stellungnahme des RefRats aufbereitet, in das entsprechende Verhältnis setzen. Gleichzeitig sind wir dem Kollektiv, das die anonyme Veröffentlichung auf Indymedia initiierte, dankbar für alle Kritik und selbstverständlich auch für den Prozess, den sie damit angestoßen haben.

(Gekürzte) Stellungnahme des RefRats

CONTENT NOTE: SEXUALISIERTE GEWALT, MACHTMISSBRAUCH

Der RefRat arbeitet in Form einer Arbeitsgemeinschaft bereits seit April diesen Jahres gemeinsam mit der FSI Geschichte und deren Awareness-Team zur Aufarbeitung von Vorwürfen der sexualisierten Gewalt am Institut für Geschichte. Wir nahmen dabei die Funktion einer beratenden sowie vermittelnden Stelle ein – führten Gespräche mit dem Uni-Präsidium, boten rechtliche Beratung an und versuchten gemeinsam Lösungen zu finden, die für alle Beteiligten und insbesondere bereits Betroffene funktionieren würden.

Uns ist es wichtig, dass sich Betroffene jederzeit vertraulich an uns wenden können. Deshalb stand für uns und die Fachschaft der Schutz der Betroffenen an erster Stelle. Diesen Schutz konnten wir bei einer vorschnellen Einbeziehung der Öffentlichkeit nicht mehr gewährleisten. Aus diesem Grund – und auch, weil sich teilweise Verbesserungen in der Situation am Institut abzeichnete – entschieden wir uns gegen eine Veröffentlichung.

Eine dieser Verbesserungen war die Einführung einer Sechs-Augen-Regel, nach der Sprechstunden mit Dr. Kohring nur noch online und in Anwesenheit der Frauenbeauftragten Prof. Birgit Aschmann durchgeführt werden sollten. Diese Maßnahme war weder ausreichend, noch wurde sie ausnahmslos eingehalten. Trotz der Vereinbarung wurden uns Fälle gemeldet, in denen Dr. Kohring wieder allein mit Studierenden sprach. Selbst unter der Voraussetzung, dass die Umsetzung flächendeckend, gewissenhaft und umfassend stattgefunden hätte, bleibt festzustellen, dass die Begrenzung von Sprechstunden eine unzureichende und absurde Maßnahme bei einem, wie es auf Indymedia heißt, „bekanntermaßen sexistischen Dozenten“ ist. Wenn sich jemand vermehrt verbal und physisch übergriffig verhält, wie es Andreas Kohring getan haben soll, ist davon auszugehen, dass Barrieren wie diese Regel umgangen werden.

Für uns ist und war klar: Dozierenden, die sich übergriffig verhalten haben, muss ihre Machtposition umfassend entzogen werden. Dies ist umso wichtiger bei Dozierenden, bei denen diese Übergriffigkeiten ein seit Jahrzehnten anhaltendes Vorgehen sein soll. Den Zugriff eines übergriffigen Dozenten auf Studierende lediglich zu reduzieren, kommt gleichbedeutend mit der Akzeptanz, dass weitere Personen von Grenzüberschreitungen betroffen werden. Es tut uns leid, dass wir unserer Verantwortung nicht nachgekommen sind, Studierende ausreichend zu schützen. Das Brechen des Schweigens möchten wir aber auch als Chance verstehen: Die Aufarbeitung beginnt und endet nicht mit diesem Indymedia-Artikel. Wir wissen, dass die Universität für viele marginalisierte Menschen, und speziell Studierende und

Mitarbeitende mit Sexismus-Erfahrungen, kein sicherer Ort ist. Sei es, wie kürzlich geschehen, dass auf der Party einer (anderen) Fachschaft K.O.-Tropfen in Getränke geschüttet werden, und sich die Fachschaft sämtlicher Verantwortung entzieht, nur um anschließend erneut Veranstaltungen ohne Awareness-Konzept durchzuführen, oder, dass Dozierende sich in Vorlesungen ungehindert und unwidersprochen sexistisch, trans*feindlich und rassistisch äußern können: Wir wissen von genügend Fällen, in welchen Personen in Machtposition innerhalb der Universität mal subtiler, mal weniger subtil grenzüberschreitend aktiv waren. Viel zu oft wird den Betroffenen von verantwortlichen Stellen kein Gehör geschenkt und die Verantwortlichkeit von sich geschoben. Dass die Universitätsleitung, mehrere Generationen von Instituts- und Fakultätsleitungen, verschiedenste Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte – wie auch im sogenannten „Komplex Andreas Kohring“ – Bescheid wissen, ist dabei nicht die Ausnahme.

In Gesprächen mit Studierenden aus dem Fachbereich wurde uns berichtet, dass die ersten kritischen Anmerkungen seitens der Studierendenschaft in der Causa Kohring bereits im Sommersemester 1997 im Rahmen von Evaluationen registriert worden seien. Erst zehn Jahre später sei dann sein unfreiwilliger Rücktritt als Studiendekan erfolgt. Auslöser soll eine Abmahnung wegen sexueller Belästigung durch den damaligen Präsidenten der HU, Christoph Marksches, gewesen sein. Als Dozent behielt man ihn trotzdem.

Übergriffe wie solche, die Andreas Kohring vorgeworfen werden, finden dabei nicht im luftleeren Raum statt. Universitäten, wie auch die HU, schaffen einen Raum in dem Täter geschützt werden, indem ihnen Macht verliehen wird und sie ohne jegliche Kontrollinstanzen unhinterfragt mit dieser umgehen können. Universitäten sind dabei in einem besonderen Maße anfällig dafür, Machtstrukturen wie diese zu verfestigen und aus den entstehenden Übergriffigkeiten in üblicher bürokratischer Manier keine angebrachten Konsequenzen, geschweige denn Präventionsmaßnahmen, abzuleiten.

Unsere Schlussfolgerungen daraus sind folgende: Wir werden weiterhin Druck auf alle Stellen der Universität ausüben, dass ein „Weiter so“ nicht akzeptabel ist. Wir fordern, dass sich die zuständigen Stellen innerhalb der Universität deutlicher auf die Seite von Betroffenen stellen und in deren Sinne handeln. Es muss deutlich früher und konsequenter eingegriffen werden. Wir werden uns außerdem weiter für die Aufarbeitung bereits gemeldeter Vorfälle, Aufklärung der Vorwürfe seitens der Universität als Arbeitgeberin und die Sensibilisierung von Lehrpersonal und weiteren Universitätsangehörigen einsetzen. Darüber hinaus ist für uns klar, dass auch wir unseren Umgang mit der Situation reflektieren und unsere Arbeitsweise für die Zukunft anpassen müssen.

Uns ist es wichtig, dass wir weiterhin als Institution verstanden werden, die sich kritisch mit Machtstrukturen auseinandersetzt. Für Betroffene von sexualisierter Gewalt werden wir auch weiterhin im Sinne der Parteilichkeit und Definitionsmacht agieren. Betroffene können sich jederzeit an den RefRat oder die uns angegliederte Beratungsstruktur wenden. Um uns für die Interessen von Betroffenen sexualisierter Gewalt einzusetzen, sind wir auch bereit, uns inner- und außerhalb der Universität gegen gewaltvolle Strukturen querzustellen.

ANSPRECHSTELLEN:

Die Antidiskriminierungsberatung im RefRat:
www.refrat.de/adb.html

Die Landesbeauftragte für Antidiskriminierung:
www.berlin.de/sen/lads/beratung/

Das Referat für Queer_Feminismus:
www.refrat.de/queer_fem.html

1 Vgl. www.de.indymedia.org/node/291714

2 Ebd.

20 JAHRE UNI-RASSIST

**BENJAMIN
KLEY**

Wer sich in den vergangenen Jahren an Universitäten beworben hat, wird vermutlich von der Plattform „uni-assist“ gehört haben. Ein Portal, das eigentlich die Bewerbungen für ein Studium erleichtern könnte, tut dabei allerdings Gegenteil: Die Realität beinhaltet horrende Kosten und gelebten Rassismus.

Die Vereinfachung des Hochschulzugangs ohne deutschen Bildungsabschluss: Das hätte die Aufgabe des Vereins sein sollen, den der Deutsche Akademische Austauschdienst, die Hochschulrektorenkonferenz und einige Hochschulen (darunter die Humboldt-Universität zu Berlin) 2003 gründeten. Tatsächlich entwickelte sich der Verein über die kommenden Jahrzehnte zu einem der Hauptinstrumente deutscher Hochschulen, um Studierenden aus dem Ausland den Hochschulzugang zu verweigern. Bis heute wird die fragwürdige Praxis des Vereins „uni-assist“ an der Humboldt-Universität und an zahlreichen anderen Universitäten im Land eingesetzt.

WAS IST UNI-ASSIST?

Das Kerngeschäft von uni-rassist ist simpel: Der Verein überprüft die Hochschulzugangsberechtigungen von Studierenden, die keinen Abschluss aus Deutschland haben. Anschließend leitet er ihre Bewerbungen an die Universitäten weiter. Laut der Webseite von uni-rassist richten sich die Kosten, die den Bewerber_innen für diesen Service entstehen, nach sogenannten „den realen Kosten“.¹ Allerdings ist diese „Überprüfung“ nicht viel mehr als der Abgleich der ausstellenden Stelle mit vorhandenen Tabellen von Bildungsinstitutionen und eine Umrechnung der Noten auf das deutsche Benotungssystem. Die Zeugnisse selbst müssen die Bewerber_innen auf eigene Kosten beglaubigt übersetzen lassen.²

Die „realen Kosten“, die der Verein für diese Leistung in Rechnung stellt, betragen 75€ für die erste Bewerbung im Semester plus weitere 30€ für jede zusätzliche Bewerbung. Wenn sich eine Person also an mehreren Studienstandorten oder sogar für mehrere Studienfächer bewirbt, können schnell Kosten in Höhe von mehreren Hundert Euro entstehen – zuzüglich der gegebenenfalls mehrfach anfallenden Gebühren für die beglaubigte Zeugnisübersetzung, die bis zu zehn Euro pro Seite betragen können. Dies steht in keinem Verhältnis zur erbrachten „Leistung“ des Vereins und den real anfallenden Kosten, was von den Studierendenschaften an den betroffenen Universitäten seit vielen Jahren kritisiert wird. Bereits 2013 zog der RefRat als Fazit zu uni-rassist: „Es ist eine Schikane, der viele Studierende sich unterziehen müssen um hierher zu kommen, und die dafür sorgt, dass noch viele mehr draußen bleiben.“³



WELCHE WEITEREN PROBLEME GIBT ES MIT UNI-ASSIST?

In der Vergangenheit – zuletzt 2020 – kam es wiederholt zu Komplikationen dadurch, dass uni-rassist Bewerbungen nicht rechtzeitig bearbeiten und übermitteln konnte, sodass für Bewerber_innen erhebliche Nachteile entstanden. Während die Hochschulen bereits Zulassungsverfahren durchführten, wurden die Bewerbungen von Studierenden, die sich über den Verein bewarben, noch gar nicht an die Hochschulen übermittelt – Studierende ohne deutschen Bildungsabschluss erfuhren also erst deutlich später, ob sie überhaupt einen Platz erhalten würden. Da sich viele dieser Studienbewerber_innen zudem aus dem Ausland um Wohnungen und komplizierte aufenthaltsrechtliche Notwendigkeiten kümmern müssen, kann eine solche Verzögerung den Antritt eines Studiums bereits im Vorfeld verhindern. Fehlen auch noch Unterlagen, macht diese Verzögerung ein Nachreichen unmöglich.⁴

Verursacht wurden viele dieser Verzögerungen durch Streiks bei uni-rassist, da der Verein zahlreiche Angestellte nur in befristeten Lückenverträgen als Saisonarbeitskräfte beschäftigt, wodurch die Personen zwischendurch mehrere Monate in die Arbeitslosigkeit getrieben werden. Auch die Arbeitsbedingungen wurden in der Vergangenheit von Beschäftigten stark kritisiert, da sie durch den übermäßigen Stress zu vielen Fehlern führen würden.⁵

WIESO VERWENDET DIE HU UNI-ASSIST?

Trotz dieser erheblichen Belastung für die Studienbewerber_innen, der damit einhergehenden rassistischen Vorauswahl potenzieller Studierender und der äußerst kritikwürdigen Zustände bei uni-rassist, hält die Humboldt-Universität seit seiner Gründung an dem Verein fest. Die Gründe dafür scheinen in Anbetracht der Faktenlage äußerst dünn.

Die Anforderung, uni-rassist für Bewerbungen zu nutzen, erschwert den Rechtsweg erheblich, wenn eine Bewerbung abgelehnt wird. Anstatt wie üblich das Einklageverfahren zu nutzen und gegen den Bescheid einer Behörde zu klagen, müssen die Studierenden gegen die oft sehr undurchsichtige Entscheidung eines Vereins vorgehen, der sich schlicht weigert,

die Bewerbung an die Uni weiterzuleiten. Dadurch ist es für die meisten Bewerber_innen faktisch unmöglich, gegen die Entscheidung von uni-rassist vorzugehen.⁶

Selbst dann, wenn Bewerbungen an die Unis weitergeleitet werden, ist es durch die erwähnten Verzögerungen oft unmöglich, Klage- und Antragsfristen einzuhalten. Dieser Verein ist folglich ein effektives Mittel für die Universität, um rechtmäßige Studienplatzklagen zu unterbinden. Bei dem Versuch, die Universität zum Austritt aus uni-rassist zu bewegen, wird dem RefRat in der Regel jedoch ein anderer Grund genannt: Es sei wirtschaftlicher, die Anerkennung von Abschlüssen an den Verein auszulagern. Für die Humboldt-Universität, deren ehemalige Präsidentin Sabine Kunst gleichzeitig Vorstandsvorsitzende des Vereins war, ist es wesentlich einfacher und deutlich profitabler, die Kosten für die Prüfung der Studieninteressierten aufzuerlegen, anstatt selbst eine qualifizierte Prüfungsstelle einzurichten und zu finanzieren. Auch das Land Berlin weigert sich, trotz wiederholter Aufforderung durch Studierendenvertreter_innen, diese Aufgabe zu übernehmen.⁷

Diese systematische Benachteiligung von Studierenden ohne qualifizierenden deutschen Bildungsabschluss ist diskriminierend und rassistisch. Bereits 2014 erklärte der Bundesverband ausländischer Studierender: „[U]ni-assist stellt in unseren Augen ein intransparentes, sozial ungerechtes und teures Konzept dar. Die Kosten für ein solches Verfahren werden meist komplett auf die Bewerber*innen umgelegt. Gebühren werden nicht nach 'Arbeitsaufwand', also nach Herkunftsland der Zeugnisse, sondern nach Pass der sich Bewerbenden eingezogen. Dies ist eine klare herkunftsbezogene Diskriminierung.“⁸

Die deutschen Universitäten haben mit diesem Verein ein System geschaffen, das willkürlich internationale Studierende – oft aus dem Nicht-EU-Ausland – am Bildungszugang in Deutschland hindert. Da für diese Studienbewerber_innen daran oft auch Aufenthaltstitel hängen, machen sich die Universitäten, die uni-rassist nutzen, neben der finanziellen Diskriminierung auch am deutschen Abschiebesystem mitschuldig.⁹ Für Studierendenvertreter_innen kann daraus nur eine logische Konsequenz Schluss folgen: Uni-rassist muss weg!

WIE WERDEN WIR UNI-ASSIST LOS?

Der Kampf gegen uni-rassist wird nun bereits seit zwei Jahrzehnten geführt. Angesichts der Tatsache, dass der Verein weiterhin zur Selektion finanzstarker Bewerber_innen genutzt wird, willkürliche Vorauswahlen ermöglicht und seit seiner Einführung unzählige Studienvorhaben ruiniert haben dürfte, stellt sich die Frage, wie wir als Studierendenschaft gegen uni-rassist vorgehen können.

In den letzten Jahren konnten an diesem Punkt auch Fortschritte erzielt werden: 2018 ging ein fünfjähriges Verfahren zuende, in dem die Studierendenschaft eine Klage gegen die Bewerbungspraxis an der HU unterstützt hat. In dem Ergebnis des Verfahrens¹⁰ macht das OVG Berlin Brandenburg deutlich, dass auch Bewerber_innen ohne deutsche Hochschulzugangsberechtigung die direkte Bewerbung an der Universität zusteht. Allerdings setzen die Universitäten dies in der Regel kaum um und informieren nicht über diese Möglichkeit.¹¹

Zuletzt bestand die Hoffnung, dass mit dem Abgang von Sabine Kunst und der damit endenden Personalunion zwischen der Leitung der HU und uni-rassist neue Bewegung in die Gespräche zwischen RefRat und Universitätsleitung zu dem Thema kommt. Diese Hoffnungen wurden enttäuscht. Die Universitätsleitung hat deutlich gemacht, dass sie sich eine eigene Anerkennungsstelle nicht leisten wird.

Da sich die Hochschulen eine Anerkennungsstelle also weder leisten können noch wollen, wäre eine weitere Perspektive, das Land dazu zu bringen, an dieser Stelle einzugreifen. Die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege kann eine solche Anerkennungsstelle hochschulübergreifend einrichten. Bis zur Einrichtung dieser Stelle muss das Land Geld zur Verfügung stellen, um Studieninteressierten eine gebührenfreie Bewerbung zu ermöglichen. Dazu können die Studierendenschaften beispielsweise Druck auf die aktuelle Senatorin, Ina Czyborra (SPD), aufbauen.

Ohne Schaffung eines konkreten Problembewusstseins und ohne eine breite Mobilisierung in den Studierendenschaften wird dies allerdings keinen Erfolg haben. Gerade deshalb ist es umso wichtiger, stetig das Wissen um dieses rassistische und diskriminierende Vorauswahlverfahren zu teilen: Als Studierende sind wir es unseren (potentiellen) Kommiliton_innen ohne deutschen Abschluss schuldig, dafür zu kämpfen, dass ihnen ein diskriminierungsfreier Hochschulzugang ermöglicht wird. Denn es kann nicht sein, dass – auf den Schultern ausländischer Studierender – weiterhin der Profit an deutschen Universitäten über ihren eigentlichen Bildungsauftrag geht.

1 www.uni-assist.de/ueber-uns/profil/

2 www.uni-assist.de/bewerben/dokumente-sammeln/zeugnisse/

3 www.refrat.de/uni-assist.html

4 www.refrat.de/article/press.zulassungsverfahren.unirassist.html

5 www.tagesspiegel.de/wissen/servicestelle-fur-internationale-studienbewerbungen-streikt-5030104.html

6 www.lak-berlin.de/node/994

7 www.lak-berlin.de/node/816#Uni-assist%20abschaffen%20&%20Hochschulen%20f%C3%BCr%20Gefl%C3%BChtete%20C3%B6ffnen

8 www.bas-ev.de/uni-assist-diskriminierung-abschaffen/

9 www.germany-visa.org/de/einwanderung-aufenthaltsgenehmigung/aufenthaltsurlaub-internationale-studenten-deutschland/

10 Aktenzeichen OVG 5 N 3.16

11 <https://www.refrat.de/uni-assist.html#a958>

VORURTEILSFREIE WISSENSCHAFT?

LOUISE
HILLERMANN

Im Zuge der oftmals rassistisch geführten Debatten um Migration und Flucht ist es unerlässlich, sich auch Veröffentlichungen von Wissenschaftler*innen kritisch anzunehmen. Während Studierenden der Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität versuchen, emanzipatorische Werte hochzuhalten, fällt das Buch eines Dozenten im Kontrast dazu negativ auf.

Rassismus ist gleichwohl eine evidenzlose Weltanschauung wie auch eine schmerzhaft Realität, derer wir uns annehmen müssen. Während wir in Mitteleuropa ein fortschrittliches und vermutlich überpositives Selbstbild bezüglich Rassismus haben, bestehen die strukturellen Ungleichheiten in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik weiterhin fort. Besonders das Jahr 2015, in dem Millionen Menschen aus Syrien, Somalia und Afghanistan gezwungen waren, ihre Heimat zu verlassen, nicht zuletzt, weil ihr Leben akut bedroht war, scheint einschneidend, wenn wir uns die Entwicklung rassistischer und insbesondere muslimfeindlicher Debattenführung in Deutschland anschauen. Es muss die essenzielle Frage diskutiert werden, welche Rolle die Wissenschaftsgemeinde hinsichtlich der zunehmend muslimfeindlichen Debattenführung spielt. Wenn Wissenschaft das Kernanliegen hat, der Wahrheit auf den Grund zu gehen, ist dabei auch die Frage, inwiefern Wissenschaft Ungerechtigkeit aufdecken und bis zu welchem Grad sie politisch sein darf. Nichtsdestotrotz sollten folgende Werte gesellschaftlich unbestreitbar sein: Jeder Mensch verdient Sicherheit und Schutz – also seine basalen, universellen und unbestreitbaren Menschenrechte.

Die Veröffentlichung „Die Asyl-Lotterie. Eine Bilanz der Flüchtlingspolitik von 2015 bis zum Ukraine-Krieg“ (2023) vom HU-Dozierenden Ruud Koopmans wird im Folgenden genauer unter die Lupe genommen. Koopmans arbeitet als Soziologe und Migrationsforscher am Institut für Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, weswegen gerade hier ein Augenmerk auf die Aufgabe und Integrität wissenschaftlicher Forschung gesetzt werden sollte.

In seinem Werk möchte er augenscheinlich darüber aufklären, welche Missstände es im deutschen und europäischen Asylsystem gibt. Diese seien unter anderem der unerwartet hohe Aufwand der Integration, die Spaltung Europas und dass viele Hilfsbedürftige keine Chance erhalten, weil es nur „die Stärksten“ bis nach Europa schaffen. Sein Vorschlag basiert darauf, dass wir „mit einer Eindämmung der irregulären Einwanderung die Kontrolle zurückgewinnen können“ (Koopmans, 2023, S. 2).

Koopmans inszeniert sich als Humanist, der sichere Integrationsregeln und innere Sicherheit etablieren und Rechtspopulismus sowie die Spaltung Europas bekämpfen möchte. Dies wird zumindest im Abschnitt „Zum Buch“ direkt am Anfang des oben

benannten Werks vermittelt. So behauptet Koopmans, dass sein politisch-programmatischer Vorschlag darauf abzielt, „[dass] die Asylpolitik kein lebensgefährliches Lotteriespiel bleibt“ (Koopmans, 2023, S. 2).

Bereits das Inhaltsverzeichnis scheint bereits stark durch rechte Polemik aufgeladen: Die Kapitel tragen reißerische Namen wie „Verkannte Terrorgefahr“, „Mörder im Orient-Express“ und „Der Terror kommt nach Deutschland“. Direkt wird ein sehr starkes Bild von Terrorismus und Gewalt im Zusammenhang mit Geflüchteten inszeniert.

Das Kapitel Vier, „Verkannte Terrorgefahr“, sticht besonders hervor: Koopmans macht hier etwas, was man sonst nur aus Reden der Bundestagsfraktion der AfD kennt. Er beschreibt das Szenario des Bilal C., der aus Algerien stammt, und den Fall Abdelhamid Abaaoud. Letzterer war ein IS-Terrorist marokkanischer Herkunft, der Bilal C. von den Ideologien des IS überzeugt hatte. Die Geschichte gipfelt darin, dass ein weiterer Mann, den Abaaoud auf seiner Reise nach Europa kennengelernt hat, einen Amoklauf verursacht hat und Bilal C. in Deutschland nach kriminellen Aktivitäten ebenfalls festgenommen worden ist. Abaaoud ist der Attentäter, der später für die Attentate vom 13. November 2015 in Paris verantwortlich war. Auch, wenn es sich hierbei um ein terroristisches Attentat und ein durch und durch tragisches Ereignis handelt, sollte klar sein, dass dies keineswegs die humanitäre, menschenrechtlichen Rechte untergraben darf, die geflüchteten Menschen durch das Asylrecht garantiert werden sollten. Vereinzelt Fälle sprechen nicht für die Gesamtheit Flüchtender. Dieser Stereotyp, den Koopmans durch die Einbettung des islamistischen Terrors in die Asyldebatte nutzt, sorgt dafür, dass in unserer Gesellschaft ein falsches Sentiment gegen Menschen geschürt wird, die ihr Land verlassen mussten, weil ihr bloßes Überleben bedroht war.

In ebendiesem Kapitel relativiert Koopmans rechte Gewalt gegenüber Geflüchteten und spielt diese gegen islamistische und „linksextremistische“ Gewalt aus. Folgendes Zitat ist ein Beispiel für die Relativierung rechtsextremer Gewalt: „Schmiere-reien wie «Ausländer raus!» auf einer Asylunterkunft oder ein an Flüchtlinge gerichteter Ausruf «Geht doch zurück in euer eigenes Land!» sind Beispiele von Volksverhetzungsdelikten. Für die Betroffenen sind das bestimmt erschütternde Erfahrungen, aber «Gewalt», ein «Übergriff» oder «Angriff» auf Leib und Leben sind sie nicht. Das Gleiche gilt für das «Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen» (wie etwa einer Hakenkreuzschmiererei) oder Beleidigungen – zwei andere häufige Delikte unter den «Angriffen» (Koopmans, 2023, S. 127). In einem größeren politischen Rahmen – insbesondere in Zeiten rasant erstarkender rechtsradikaler politischer Kräfte – ist das inakzeptabel. Koopmans bezieht sich auf die Erfassungssystematik des Bundeskriminalamts zu rechter Gewalt gegen Geflüchtete und „argumentiert“, dass man bei gewissen Delikten doch gar nicht von „Gewalt“ oder „Angriffen“ sprechen könnte. Darüber hinaus verharmlost er direkte Angriffe auf Geflüchtete, wie beispielsweise durch diese anschließende Aussage: „Es gab aber auch fast 200 Brandstiftungen sowie Anschläge mit – meist nicht sehr wirkungsvollen – Sprengsätzen auf Flüchtlingsunterkünfte [...]“ (Koopmans, 2023, S. 127). Oder auch folgender: „Neunzehn der körperlichen Angriffe sowie Brandstiftungen und Sprengstoffanschläge, bei denen eine Gefahr für Menschenleben bestand, wurden als Tötungsdelikte – Mord und Totschlag – eingestuft. Viele gingen aber glimpflich aus [...]“ (Koopmans, 2023, S. 128). Koopmans erachtet es dennoch als wichtig genug zu erwähnen, dass scheinbar nicht nur Geflüchtete unter rechtsgerichteter Gewalt gegen Geflüchtete leiden, sondern es auch dazu kommt, dass manchmal auch Deutsche bzw. Nicht-Geflüchtete unter Opfern diese Gewalt sind (Koopmans, 2023, S. 129). Eigentlich müsste diese Erkenntnis bedeuten, dass wir uns Rassismus noch mehr annehmen müssen, weil diese Opfer des

Rassismus, wenn es auch „ungewollte Opfer“ sind, trotzdem Opfer des rassistischen Hass und Tötens der Täter_innen sind.

Auch versucht Koopmans darzustellen, warum Geflüchtete überproportional viele Straftaten begehen (Koopmans, 2023, S. 145). Dies ist ein ideales Beispiel dafür, dass seine Analysen nicht nur inhaltlich, sondern auch aus einer wissenschaftlich-methodischen Perspektive scharf zu kritisieren sind. So bereinigt er sein Modell zwar um die Faktoren Alter und Geschlecht, allerdings lässt er andere unabdingbare Variablen, die zur sogenannten Standarddemographie gehören, wie beispielsweise die Bildung und das Einkommen, aus seinem Modell aus. Inferenzstatistisch wäre es wissenschaftlich sauberer, das Modell auf diese Variablen ebenfalls zu kontrollieren. Weitere Variablen, die spezifisch im Fall von Geflüchteten unerlässlich wären, wie Gewalterfahrungen und Traumata, tauchen in seinem Modell ebenfalls nicht auf. Durch das Auslassen solcher wichtigen Daten, die für eine Ursachenforschung relevant wären, ist es einfach, zu Scheinargumenten zu gelangen.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie er aus einer methodischen Perspektive wesentliche inferenzstatistische Faktoren zugunsten seiner Argumentation ignoriert, findet sich in seiner Argumentation, wie Gewalt gegen Geflüchtete durch Geflüchtete höher sei, als Gewalt gegen Geflüchtete durch Deutsche. Er argumentiert anhand von Zahlen – allerdings wird hierbei beispielsweise nicht berücksichtigt, wie stark segregiert Geflüchtete leben. Dieser zentrale Zusammenhang wird ignoriert. Diese verzerrten empirischen Grundlagen nutzt Koopmans dann erneut, um den Rassismus in Deutschland zu relativieren: „Trotz der empirisch feststellbaren viel größeren Häufigkeit anderer Täter-Opfer-Muster wird bei Tötungsdelikten gegen Flüchtlinge, bei denen der Täter zunächst unbekannt ist, öfter vorschnell gemutmaßt, dass die Tat einen rassistischen Hintergrund haben müsse.“ (Koopmans, 2023, S. 156)

Ein weiterer Punkt, den Koopmans in seinem Buch populär macht, ist die Ansicht, ukrainische Geflüchtete würden gerechterweise privilegierter behandelt als Flüchtende, die im Zuge der Migrationswelle von 2014/2015 nach Deutschland kamen. Er deutet an, dass es sich bei diesem Phänomen ebenfalls nicht um Rassismus handeln könne (Koopmans, 2023, S. 184). Dass die unterschiedliche Behandlung beider Gruppen generell besteht, ist offensichtlich. Man erinnere sich an Momente in Talkshows, in denen Moderator_innen nach Ausbruch des Ukraine-Kriegs in schockiertem Ton feststellen mussten, dass es nun wieder einen Krieg in Europa gibt. Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie die Öffentlichkeit die Flüchtenden vor dem Ukrainekrieg vollkommen anders wahrnahm und somit nicht die gleiche Debatte um eine „Flüchtlingskrise“ ausbrach.

Dass es nun eine Ungleichbehandlung migrantisierter Menschen zugunsten ukrainischer Geflüchteter gibt, versucht Koopmans überhaupt nicht zu leugnen. Im Gegenteil: Er benennt das eindeutig, und es entsteht der Eindruck, dies passiere „natürlich“ und berechtigterweise. In Kapitel 6 seines Buches beschreibt er, Flüchtende aus der Ukraine seien „anders“, weil uns die Ukraine sowohl geographisch als auch kulturell näher sei (Koopmans, 2023, S. 184). Die entgegengesetzte Betrachtungsweise, dass Rassismus sich bloß noch potenziert, wenn sich eine geflohene Bevölkerungsgruppe „schwerer integrieren“ lässt, dass diese Bevölkerungsgruppe noch vulnerabler macht, und dass ein inklusives, menschenwürdiges Klima somit umso wichtiger wird, scheint für Koopmans nicht in Frage zu kommen. In diesem Kontext macht Koopmans beinahe deterministische Aussagen und es entsteht der Eindruck, Rassismus wäre lediglich die logische Konsequenz von kulturellen Unterschieden. Zudem muss ein weiterer wichtiger Punkt gemacht werden. Auch wenn Koopmans vereinzelt vielleicht richtig liegt, wie zum Beispiel, wenn er schreibt, dass es problematisch ist, wenn junge,

wohlhabende Männer unter den Flüchtenden überrepräsentiert sind, fehlt trotzdem eine sinngemäße Überleitung zu seiner Forderung einer Verschärfung der EU- und Asylpolitik. Flucht ist von sozioökonomischen und patriarchalen Machtstrukturen geprägt. Das Konkludieren restriktiver Politik, die er als notwendig ansieht, wird aber nicht vertieft. Es bleibt unklar, wieso wir nun unsere Asylpolitik auf Drittstaaten auslagern sollen, anstatt soziale wie ökonomische Ungleichheit und patriarchale Missstände zu problematisieren.

Solche Forschungen, die unter anderem mit einer verzerrten Datengrundlage arbeiten, begünstigen die Förderung rassistischer Ideologien. Ebendiese Bücher wurden sogar schon von Rechtspopulisten wie Thilo Sarrazin, dem Niederländer Geert Wilders und der ehemaligen AfD-Chefin Frauke Petry immer wieder zitiert (Bax, 2016). Eine Abgrenzung des Autors fehlt völlig. Koopmans war zudem Vorsitzender des Kuratoriums des Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung. Ferner ist er Direktor für die Abteilung Migration, Integration und Transnationalisierung beim WZB. Er ist öffentlichkeitswirksam tätig, vertritt beispielsweise in Talkshows seine radikalen und wissenschaftlich unsauber herausgearbeiteten Thesen. In der Öffentlichkeit fordert er schon lange eine restriktivere Asylpolitik und, wie es voraussichtlich auch verabschiedet wird, die Antragstellung nach Asyl von von Flucht bedrohten Personen in Drittstaaten (Hart aber fair, 2023). Entsprechend ist es kein Fehlschluss zu konstatieren, dass er eine gesellschaftlich einflussreiche Stellung innehat, und ihm innerhalb sozialer Diskurse Gehör verschafft wird. Bei ihm handelt es nicht um eine willkürliche Person mit rechts-alternativen Ansichten. Es entsteht der Eindruck, dass er strategisch und gezielt mit dem Einfluss, den er innehat, arbeitet.

Wichtig herauszustellen und aus wissenschaftlicher Perspektive zu kritisieren ist, dass es teilweise uneindeutig bleibt, ob er an wichtigen Stellen empirische oder normative Aussagen trifft. An vielen Stellen fragt man sich nach der Grundlage, auf der gewisse Aussagen fußen. In der Hinsicht darf man sich durchaus die Frage stellen, inwiefern Koopmans als Dozierender wissenschaftliche Inhalte vermittelt, oder, ob er damit nicht auch unter einem (pseudo-)wissenschaftlichen Deckmantel politischen Lobbyismus betreiben könnte. Wie die angeführten Aussagen anzeigen, könnten seine Publikationen einer Abschottungspolitik den Nährboden bieten.

Zuletzt dürfen wir nicht vergessen, dass geflüchtete Menschen zumeist selbst nicht einmal freiwillig in Deutschland leben möchten, von äußeren Umständen aber dazu gezwungen werden. Durch Beiträge zu den gesellschaftspolitischen Debatten wie die von Koopmans werden Ressentiments geschürt und eine Integration erschwert. Gerade aus einer eurozentrischen Perspektive wird häufig unter den Tisch gekehrt, wie viele Gebiete im Nahen Osten oder in (Nord-)Afrika durch die Politik einiger Staaten des globalen Nordens destabilisiert wurden. Afghanistan war beispielsweise ein relativ freies Land, welches zunächst von der Sowjetunion, folgend von den USA wie westeuropäischen Staaten besetzt wurde. Mit dem Abzug der Truppen wurde das Land dem völligen Chaos, der Herrschaft der Taliban und der Scharia überlassen. Das ist der Zusammenhang, den wir im Blick und auf das Schärfste verurteilen müssen: Staaten mit imperialistischen Interessen verwüsten und zerstören quasi gesamte Kontinente, und Menschen, die fliehen, werden vor der Festung Europa stehen gelassen. Sie erfrieren in Wäldern an der polnischen oder belarussischen Grenze, landen in inhumanen Gefängnissen in Drittstaaten, ertrinken im Mittelmeer, oder sterben in der Sahara auf der Strecke vom Innern Afrikas zur Mittelmeerküste. Statt kritische Wissenschaft zu betreiben, schüren Wissenschaftler an deutschen Universitäten aber lieber Sentiments gegen die Opfer einer gewaltvollen, imperialistischen Politik.

RASSISMUS UND KAPITALINTERESSEN

**BARIŞ
YAZAR SU**

Um zu verstehen, wie Rassismus in unserer Gesellschaft funktioniert, ist eine Analyse der kapitalistischen Verhältnisse unerlässlich. Dabei kann es im Kampf gegen Rassismus nicht bei einem alleinig identitätspolitischen Kurs in der Linken bleiben: Es braucht einen konsequenten, marxistischen Antirassismus.

Rassismus ist fester Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaft und kann als struktureller Teil ihres ökonomischen Systems beschrieben werden. So ist zum Beispiel heute viel die Rede vom faulen und bösen Migrant, der die Löhne in den Keller treibt, die Sozialkassen plündert und die Arbeitsplätze wegnimmt, sowie von der Mär der „Islamisierung“ und „der Umvolkung durch das Merkelregime im Auftrag von Soros“ – eine Verschwörungstheorie, die seit 2015 von der Rechten propagiert wurde.

Rassismus ist in allen bürgerlichen Staaten und in all seinen Institutionen fest verankert als eine der Säulen der Macht. Er gibt dem ausgebeuteten Menschen das Gefühl, etwas Besseres zu sein - und der herrschenden Klasse einen Sündenbock. Er ist der Sündenbock für die Entfremdung und Ausbeutung der Menschen. Zugleich beraubt er die arbeitende Klasse um ihre revolutionäre Kraft. Die Faschisten im Dritten Reich konnten so zum Beispiel die Köpfe der Menschen mit dem Märchen vom „slawischen Untermenschen“ vergiften, oder mit dem Mär vom „ehrentvollen arischen Kapitalisten“, der gegen das „böse Finanzjudentum“ kämpft. Wie der Antisemitismus ist Rassismus eine Ideologie, die die herrschende Klasse stützt.

DIE GESCHICHTE DES RASSISMUS – DER ÖKONOMISCHE ZUSAMMENHANG

Frei nach Marx gilt es wie so oft festzustellen: Die Geschichte der Menschheit ist die Geschichte des Klassenkampfes. Das bedeutet, dass die gesellschaftlichen Widersprüche, denen wir uns ausgesetzt sehen, durch den Klassenantagonismus, also vom Interessengegensatz zwischen herrschender Klasse und unterdrückter Klasse, maßgeblich bestimmt werden. Dass der Klassengegensatz in der bürgerlichen, also kapitalistischen Gesellschaft eine extrem rassistische Komponente hat, ist kein Zufall, sondern eine Notwendigkeit, um das kapitalistische System zu stabilisieren. Die rassistischen Unterteilungen, die wir in unserer heutigen Gesellschaft kennen, sind explizit ein Charakteristikum des Kapitalismus und erst mit ihm entstanden.

In antiken wie feudalen Gesellschaften existierte Rassismus als Weltanschauung nicht. So war es im antiken Rom absolut normal, dass die Mitglieder unterworfenen Kulturen, ungeachtet ihrer ethnischen Herkunft, in die römische Gesellschaft integriert wurden und mit dem Erwerb des Bürgerrechts auch hohe

Machtpositionen erreichen konnten. Auch das Ägypten der Bronzezeit integrierte die Mitglieder anderer Ethnien nahtlos in ihre Gesellschaft. Selbst der Posten des Pharaos war davon nicht ausgenommen. Im Feudalismus war lediglich die Religionszugehörigkeit und die Königstreue bzw. die Treue gegenüber dem Lehnsherren relevant.

Mit dem Aufkommen des Bürgertums und dem langsamen Absterben des Feudalismus entstand auch der Rassismus. Es ist kein Zufall, dass mit dem Aufstieg des britischen Imperiums und der Kolonialisierung der heutigen USA auch die Sklaverei begann: Es benötigte eine ideologische Grundlage, mit der Kolonialisierung, Kriege, Ausbeutung und Gewalt gerechtfertigt werden konnten. Das Christentum verbot schließlich die Versklavung von Christ_innen und forderte die menschliche Behandlung von nicht-christlichen Sklav_innen (die im Feudalismus nicht existent waren). Darüber hinaus war die Bekehrung nicht-christlicher Sklaven verpflichtend. Dies hatte natürlich zur Folge, dass man die versklavte Person mit dem Übertritt zum Christentum freilassen musste, was aus kapitalistischer Sicht ein nicht tragbarer finanzieller Schaden ist.

Hinzu kam ein weiteres moralisches Dilemma. Überall siegten die bürgerlichen Revolutionen, der Feudalismus in seiner absolutistischen Form war nahezu besiegt, und es wehte das Motto der Revolutionen („Freiheit, Brüderlichkeit, Gleichheit“) von den Dächern. Nun war das Bürgertum von der unterdrückten Klasse zur herrschenden Klasse geworden und hatte sich mit den Überresten des Feudalismus verbündet. Wie sollte man also trotz der Ideale der Aufklärung und des Humanismus all die Grausamkeiten und Ausbeutung rechtfertigen?

Es bedurfte also einer neuen Ideologie, die Menschen anderer Ethnien nicht nur entmenschlicht, sondern sie nicht einmal mehr als Menschen wahrnimmt. Mit dieser ideologischen Basis schafften es die aufstrebenden nationalen Bourgeoisien (die jeweiligen nationalen herrschenden Klassen), allen voran die britische, ihre brutalen Raubzüge durch die gesamte Welt und ihren Rassismus als „Akt der Menschlichkeit“ zu verkaufen. Den angeblichen „wildem, unzivilisierten Untermenschen“ wurde damit die weiße und vermeintlich überlegene Zivilisation gebracht. Marx stellte fest, dass die Sklaverei auf dem amerikanischen Kontinent sogar als das wesentliche Element der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals zu werten ist, also als die (gewaltsame) Loslösung des Produzierenden von seinen Produktionsmitteln. Er legte zudem dar, dass es die Sklaven waren, die den Kolonien überhaupt ihren Wert in der Form gaben. Ihre Arbeit auf den Plantagen, in den Minen Amerikas und das Ausbluten der anderen Kolonien war die ökonomische Grundlage für die Industrialisierung Europas, da die Ressourcen, die für die Industrialisierung sowie die Fertigungsprozesse nötig waren, aus den Kolonien kamen. Sklaverei und Rassismus ermöglichten dem Kapitalismus überhaupt erst seinen ausbeuterischen Siegeszug.

Eine ähnliche Situation erleben wir heute: Der westliche Imperialismus zwingt die ressourcenreichen Länder, ihre Ressourcen zu Spottpreisen an die Konzerne zu verkaufen. Wenn sich eine Regierung dem verweigert oder es wagt, die für die Kapitalisten relevanten Ressourcenvorkommen zu verstaatlichen, wird sie entweder unter einem beliebigen Vorwand angegriffen, oder es wird ein rechter Putsch inszeniert. Daraufhin installiert man ein Marionettenregime, das die politischen Interessen der imperialistischen Mächte durchsetzt. Sie wird zu einer Art der modernen Kompradorenbourgeoisie. Diese ist eine Form der Bourgeoisie, deren Aufgabe es ist, die immer rassistisch geprägte koloniale Ausbeutung im Inneren sicherzustellen. Als Lohn darf sie sich an der Ausbeutung bereichern. Durch sie findet lediglich eine Akkumulation von Reichtum, nicht aber von Macht und Produktionsmitteln statt, da sie sonst in direkte Konkurrenz mit den imperialistischen Bourgeoisien treten würde. Auch heute bilden die Sklaverei oder die Ausbeutungsverhältnisse, die an Sklaverei grenzen, die ökonomische Grundlage des kapitalistischen Systems. Aktuell gibt es 50 Millionen Menschen, die man im Wortsinne als Sklaven bezeichnen kann. Letzteres ist etwas schwerer zu erfassen. Als Richtwert für massive und sklavereiähnliche Ausbeutung kann man sich aber die globalen Armutszahlen anschauen und die Länder, die am schlimmsten betroffen sind. Insgesamt leben 3,4 Milliarden Menschen von unter 5,50 \$ am Tag. Von diesen 3,4 Milliarden Menschen leben wiederum 736 Millionen Menschen von unter 1,90 \$ pro Tag (Stand 2015). Die Länder, die heute noch von massiver Armut gebeutelt sind, sind jene Länder, die damals schon kolonialisiert wurden und heute noch durch wirtschaftlichen und militärischen Druck der ehemaligen Kolonialmächte in Abhängigkeit gehalten werden. Am schlimmsten betroffen ist der afrikanische Kontinent. Dort liegt die Armutsquote bei fast allen Ländern über 80% und unter diesen wiederum bei erschreckend vielen, bei einer Quote von über 90%.

IGNORIEREN ODER DEGRADIERUNG DER KLASSENFRAGE

Identitätspolitische Rassismuskritik, die behauptet, dass die Klassenzugehörigkeit eines Menschen geringe oder keine Relevanz für seinen gesellschaftlichen Werdegang hat, bietet dabei keine Antwort auf gesellschaftliche Probleme. Sie degradiert den Antagonismus zwischen den Klassen als Hauptfaktor, spielt also seine Wichtigkeit herunter oder negiert diesen komplett. Dazu betrachtet sie Diskriminierungsformen wie Rassismus, Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit, Sexismus, Homo- und Transfeindlichkeit losgelöst vom gesamtgesellschaftlichen Kontext und als isolierte Phänomene: So wollen oder können sie keinen

Zusammenhang zum herrschenden System herstellen. Daraus resultiert, dass der Kapitalismus als Ursache für diese Diskriminierungen nicht mehr wahrgenommen wird und es lediglich diese „isolierten Phänomene“ zu bekämpfen gilt. Und schon würden wir in einer gerechten Gesellschaft leben.

Wir stellen also fest: Es würde nach wie vor eine ungerechte Gesellschaft bleiben, in der der Mensch nach wie vor auf den Wert, den er für die herrschende Klasse hat, reduziert wird, nur eben ohne kulturelle Identifikationsmerkmale. Dies ist auch der Grund, warum solche Identitätspolitik auf nahezu keinen Widerstand aus der Wirtschaft stößt und politisch lediglich auf Widerstand aus dem konservativen und rechts(-radikalen) Lager trifft. Sie ist unmarxistisch und stellt keine Bedrohung für die gesellschaftlichen Bedingungen dar. Während die Rechten und Konservativen diesen Weg aufgrund ihres Herrenmenschengehabes ablehnen, und eher auf faschistische Hetze und die rohe Gewalt der Staatsmacht vertrauen, haben die Liberalen die zersetzende Kraft der Identitätspolitik erkannt. Mit ihr kann man wunderbar Appeasementpolitik, also Beschwichtigungspolitik, betreiben. Man macht den Menschen kleine Zugeständnisse, die nichts an den Strukturen ändern und deren antidiskriminierender Wert rein plakativ ist.

DIE ZEMENTIERUNG DES GRABES IM SINNE DER BESTEHENDEN VERHÄLTNISSE

Es wird kaum darüber geredet, was linksliberale Identitätspolitik im Grunde eigentlich aussagt: nämlich, dass die ethnische, kulturelle und/oder religiöse Identität das Wichtigste sei. Und hier sollte man hellhörig werden. Denn es handelt sich hierbei um ideologische Ansätze, die man auch aus dem rassistischen und faschistischen Milieu kennt. Und das ist kein Zufall. Da reine Identitätspolitik nicht in der Lage ist, die gesellschaftlichen Widersprüche zu lösen, ist sie umso mehr dafür geeignet, alte Gräben zu zementieren und neue zu graben. Das wird von politischem Akteur_innen genutzt: Die Menschen werden von diesen Leuten aktiv weg vom Klassenkampf geführt und ihnen wird eingeredet, sich mit denen zusammenzutun, zu denen sie „naturgemäß“ gehören würden.

Hier darf natürlich nicht vergessen werden, dass die Bewahrung der eigenen Kulturen gegen die Zerstörung durch Assimilation oder profitbedingte Aneignung durch den Kapitalismus keine Form der „Zementierung des Grabens“ ist. Insgesamt kann man sich lediglich zwei Sachen der Identitätspolitik zu Nutzen machen, wenn man dies denn richtig tut: Zum Einen gilt das für die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Stellung sowie mit der Stellung unterdrückter Gruppen in der Gesellschaft und was dies bedingt. Zum anderen profitieren wir von der ständigen und aktiven Auseinandersetzung mit den eigenen „-Ismen“, die uns von der Gesellschaft aufoktroziert wurden und die es zu bekämpfen gilt.

PRIVILEG ODER UNTERDRÜCKUNG — WIE FALSCHER BEGRIFFE EIN FALSCHES BILD SUGGERIEREN

Der Nutzung des Begriffes „Privileg“, um auf rassistische Unterdrückung hinzuweisen, ist in doppelter Hinsicht irreführend. Dass PoC in der Gesellschaft Rassismus erfahren, indem sie von der Polizei drangsaliert werden, oder, dass sie auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt schlechtere Chancen haben, ist kein versagtes Privileg. Die gesellschaftliche Behandlung, die weiße Menschen — oder besser gesagt, weiße cis Männer — erfahren, obwohl sie nach identitätspolitischer Logik den gesellschaftlichen Jackpot gezogen haben, ist das eigentliche gesellschaftliche Soll. Das bedeutet, dass wir die fehlende Erfahrung von rassistischer Gewalt nicht als Privilegien bezeichnen, sondern als aktive Unterdrückung benennen sollten.

Denn wir reden hier von einem gesellschaftlichen Recht, das vermeintlich für alle gelten soll. Somit wird kein Privileg verwehrt, sondern gewaltsam unterdrückt.

Der zweite Punkt ist, dass das Wort „Privileg“ suggeriert, weiße Arbeiter_innen würden eigentlich von rassistischer Unterdrückung profitieren. Doch es wird nicht nur suggeriert, es wird von den Verteidiger_innen der Identitätspolitik sogar behauptet, dass alle Weißen vom Rassismus profitieren würden. Der Rassismus der Gesellschaft sorgt jedoch nicht dafür, dass alle weißen Arbeiter_innen besser bezahlt werden oder andere wirtschaftliche Vorteile genießen. Ganz im Gegenteil: Durch die rassistische Politik des Staates und die rassistische Struktur der Gesellschaft können Kapitalist_innen Lohndumping betreiben und die Schuld dafür sogar noch auf Migrant_innen abwälzen. Dass weiße Arbeiter_innen angeblich besser bezahlt würden, weil PoC schlechter verdienen, ist ein Fehlschluss, der sich aus dem ersten Punkt herleitet. Zu kritisieren ist nicht, dass Weiße „fairer“ ausgebeutet werden, sondern Ausbeutung und Unterdrückung an sich. Kapitalist_innen können hier den Rassismus noch vielfältiger nutzen, um einen Keil in die Bevölkerung zu treiben. Dabei ist es der Rassismus, der die Emanzipation der arbeitenden Klasse überhaupt erst verhindert. Er beraubt sie ihrer Solidarität und hetzt sie gegeneinander auf.

Folgt man weiter der identitätspolitischen Logik, wären Personen des öffentlichen Lebens wie Oprah Winfrey, die ihr eigenes bürgerliches Propagandaimperium aufgebaut hat, oder Beyoncé, die rund um den Globus Tausende Menschen unter sklaverei-ähnlichen Bedingungen für sich arbeiten lässt, in der Unterdrückungspyramide auf derselben Stufe wie die Näher_innen und Arbeiter_innen in ihren Sweatshops. Auch hier muss wieder einmal klar und deutlich gesagt werden: Der Hauptwiderspruch liegt in den Besitzverhältnissen. Die gesellschaftliche Trennlinie verläuft zwischen Oben und Unten. Und alle, die diese Tatsache verwischen oder negieren, dienen dem Machterhalt der herrschenden Klassen, nicht der Vereinigung der Arbeitenden. Genau diesen Schritt sollten sie jedoch nicht fürchten, denn sie „[...] haben nichts zu verlieren außer ihre Ketten.“¹ Nein, „[s]ie haben eine Welt zu gewinnen.“²

15

1 S. 77, Karl Marx, Friedrich Engels: „Manifest der kommunistischen Partei“, Druck und Verlag in der VR China, 1965.

2 Ebd.



DIE GRENZEN DER INTERSEKTIONALITÄT

JORDAN
RANT

Theoretische Beschäftigung mit Machtverhältnissen ist unerlässlich, um eine Veränderung der Verhältnisse herbeizuführen. Jedoch braucht es dafür einen kritischen Blick auf die Sinnhaftigkeit und Grenzen von aktuellen Konzepten.

17 In den letzten Jahren tauchte ein prominenter Begriff immer häufiger innerhalb des linken Diskurses auf. Ob in Selbstbeschreibungen von Dating-Profilen, auf Insta-Share-Pics oder auch gerne als Schlagwort in Redebeiträgen auf Demonstrationen – gemeint ist dabei kein anderes Konzept als das der *Intersektionalität*. Mittlerweile ist es kaum mehr möglich, sich in links(-liberalen) Kreisen zu bewegen, ohne darüber zu stolpern. Besonders gern wird „intersektional“ als Adjektiv verwendet, um die eigene feministische Positionierung näher zu definieren. Wie sinnvoll diese (inflationäre) Verwendung ist, und was genau das Konzept der Intersektionalität nun alles einbeziehen soll, ist sicherlich streitbar.

In der Regel wird die Schöpfung des Begriffs der Juristin Kimberlé W. Crenshaw zugeschrieben. 1989 benannte diese Intersektionalität während eines Vortrags zur Diskriminierung Schwarzer Frauen am Arbeitsplatz erstmals als solche. Der Begriff ist aus ihrer Metapher von intersektionaler Diskriminierung durch die Darstellung als Autounfall an einer Straßenkreuzung (*intersection*) entstanden. Nach einem Unfall ist dort nicht immer klar, wer ihn verursacht hat: Ebendies, so Crenshaw, passiere bei intersektionaler Diskriminierung, wodurch sie sich von „einfacher“ Mehrfachdiskriminierung unterscheidet. Die verschiedenen Machtverhältnisse addieren sich also nicht lediglich, sondern sind untrennbar miteinander verwoben. Aufgrund dessen erfahren Schwarze Frauen Sexismus, beziehungsweise Rassismus anders als *weiße* Frauen, beziehungsweise Schwarze Männer.

Crenshaw knüpft damit an die Tradition des Schwarzen Feminismus an. Bereits Sojourner Truth benannte ihre Erfahrungen als ehemalige Sklavin und Schwarze Frau bei der Women's Rights Convention 1851 in den USA als eine Kritik am weißen Feminismus, der von der Universalität der Erfahrungen weißer Frauen ausgeht. Mit besonderer analytischer Schärfe lieferte auch das Combahee River Collective ein Statement darüber, wie die Identität der Gruppenmitglieder als Schwarzer Frauen politisch einzuordnen ist.

Die Benennung der intersektionalen Wirkweise von Rassismus und Sexismus wurde also nicht von Crenshaw entdeckt, sie gibt uns aber einen neuen Begriff zur Analyse an die Hand. Nun war aber nicht Schluss mit Crenshaw: Intersektionalität gewann im Laufe der Jahre zunehmend an Popularität, bis schließlich

ein regelrechter „Intersektionalitäts-Boom“ erfolgte. Durch die langsamen Mühlen der Universitäten in die restlichen Interessensbereiche eines links(-liberalen) Publikums übergeschwappt, ist Intersektionalität als Konzept aus linken Diskussionen nicht mehr wegzudenken.

Dass der Begriff sich hält, und für viele Leute eine erste Grundlage zur Differenzierung der eigenen feministischen Positionierung darstellt, mag alleine nicht als großes Problem erscheinen. Dennoch zieht die Verwendung des Begriffes aber zahlreiche potentielle Probleme mit sich. Abgesehen davon, wie sinnvoll es ist, wenn weiße Studierende einen halben Text an intersektionaler Theorie für eine Vorlesung lesen, um sich nun als anti-rassistische *Allies* zu inszenieren, ist eine schlüssige Anwendung des Begriffes vor allem in Hinblick auf grundlegende Theoriearbeit zu analysieren.

In der Regel beinhaltet intersektionale Theorie leider – nicht nur, aber eben auch – eine riesige Leerstelle bezüglich Antisemitismus. Die Entwicklung des Begriffs und seiner Theorie ist einem US-amerikanischen, rechtswissenschaftlichen Kontext zuzuordnen: Wenn dieser nun sang- und klanglos in die deutschen Sozialwissenschaften übertragen wird, treten diverse Probleme auf. Zum Einen wäre da der Unterschied zwischen Entstehungs- und Anwendungsdisziplin: So erfordert eine juristische Argumentation eine andere Grundlage als eine sozialwissenschaftliche. Der Fokus muss von Problemen einzelner Personen und ihrer individuellen Diskriminierungserfahrung auf die Gesamtgesellschaft übertragen werden. Allerdings wird dabei Klasse in intersektionalen Theorien (wenn sie als Analysefaktor miteinbezogen wird) lediglich in Form von Klassismus, und somit als bloße Erscheinung der Diskriminierung – und nicht als grundlegende ökonomischen Ursache –, verhandelt. Damit wird Klasse als Kategorie zum Identitätsmerkmal, anstatt dass diese als den Kapitalismus gesamtgesellschaftlich strukturierende Form anerkannt wird.

Infolgedessen begegnet einem von links(-liberaler) Seite oft als Voraussetzung zur Diskussion eine lange Liste möglicher Privilegien, die doch bitte „gecheckt“ werden sollten. Dass dies dem Individuum helfen kann, sich über die eigene Position in der Gesellschaft gewiss zu werden, mag sehr gut sein. Jedoch führt ein solch individualisiertes Reflektieren, welche Machtverhältnisse

es gäbe, und ob oder inwiefern man alleine von diesen betroffen sei, mitnichten eine Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse herbei. Es kommt darauf an zu verstehen, wie diese wirken, wie sie historisch gewachsen sind, und vor allem, was diese Verhältnisse bedingt — insbesondere dann, wenn wir über Antisemitismus sprechen.

So wurde in der Antisemitismusforschung bereits festgestellt, dass es sich bei Antisemit_innen eben nicht um lediglich falsch informierte Personen handelt, sondern diese in ihren Ansichten und durch ihr Verhalten eine komplexe, verschwörungstheoretische Ideologie reproduzieren. Wird diese Ideologie mit Fakten konfrontiert, dann werden diese in verschwörungstheoretischer Manier entweder in ihre Ideologie eingearbeitet oder rigoros angefochten, um am Antisemitismus festhalten zu können. Die Vorstellung eines einfachen falschen Bewusstseins funktioniert hier also nicht.

Darüber hinaus existieren die USA in einem bestimmten historischen Kontext, welcher sich von der deutschen Geschichte unmissverständlich unterscheidet. Im Land der tausend versuchten Schlussstriche steht bis heute eine angemessene Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit, insbesondere der Shoa, aus: Gerade in Deutschland sollte deswegen ein besonderes Augenmerk auf Antisemitismus gelegt werden. Dies funktioniert nicht, wenn die wenig durchdachte Argumentation hervorgeholt wird, dass Antisemitismus bloß eine Form von Rassismus, und deswegen in der Kritik der intersektionalen Theorie mitinbegriffen sei. Neben einem falschen Geschichtsverständnis beinhaltet dieser Gedanke eine entscheidende theoretische Schwäche: So funktionieren Rassismus und Antisemitismus als unterschiedliche Ideologien, wie der Historiker und Philosoph Moïse Postone bereits präzise herausgearbeitet hat.

Er unterscheidet Rassismus und Antisemitismus als Ideologien anhand der Art der Macht, welche den jeweils Betroffenen zugeschrieben wird¹. So wird Juden_Jüdinnen eine Form der nicht konkreten Übermacht zugeschrieben. Sie werden von Antisemit_innen als *überlegen* imaginiert, während rassifizierten Personen (trotz oder eben aufgrund) der eigenen Machtzuschreibung der Rassist_innen als *unterlegen* konstruiert werden. Dabei beruft Postone sich auf die Form des modernen Antisemitismus, welche zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt in Erscheinung getreten ist — nämlich im Zuge der Entwicklung zum Kapitalismus. Analog dazu lässt sich die Zuschreibung einer nicht fassbaren, abstrakten und universalen Macht gegenüber jüdischen Personen nach Postone mit der Marx'schen Analyse des Warenfetischs erklären. An diesem Punkt wird erneut die gesellschaftsstrukturierende Funktion von Klasse im Kapitalismus sowie ihre Verwobenheit mit Ideologien, wie der antisemitischen, deutlich.

Der Warenfetisch beschreibt u.a. die Beziehung zwischen Menschen und Waren, welche im Kapitalismus und der ihm zugrunde liegenden Entfremdung eine zentrale Rolle spielt. Die Herstellung von Waren ist bedingt durch Arbeiter_innen, welche diese produzieren: Durch technischen wie gesellschaftlichen Fortschritt findet im historischen Prozess dieser Herstellung nun zunehmend Arbeitsteilung statt — eine notwendige Bedingung für die Entfremdung im Arbeits- und Produktionsprozess. Wenn nun etwa ein Tisch hergestellt wird, dann hat er zum Einen seinen reinen Gebrauchswert als Tisch. Jedoch bleibt es nicht dabei: Um den Austausch von Waren zu ermöglichen, wird Produkten wie dem Tisch ein Tauschwert zugeschrieben, welcher seinen Wert auf dem Markt diktiert. Dieser Wert erscheint den Menschen in einer kapitalistischen Gesellschaft schließlich als *naturwüchsig*, also so, als sei er eine dem Produkt auf natürliche Weise zugrunde liegende Eigenschaft. Eben hierin liegt der ideologische Faktor des Fetischcharakters begründet — nicht nur darin, dass den Gegenständen ein Tauschwert zugeschrieben wird,

sondern, dass dieser als „natürlich“ verstanden wird, und damit die eigentlichen gesellschaftlichen Beziehungen und ihren warenförmigen Charakter verschleiert.

Postone macht es als wichtigen Aspekt des Fetischs aus, „[...] daß kapitalistische gesellschaftliche Beziehungen nicht als solche in Erscheinung treten und sich zudem antinomisch, als Gegensatz von Abstraktem und Konkretem, darstellen“². Hieran wird ersichtlich, was Marx und Engels bereits 1845/1846 in der deutschen Ideologie³ feststellten: Nämlich, dass der Fetischcharakter der Ware auch auf menschliche Beziehungen übertragbar ist. Dies erscheint den Menschen wieder als naturgegeben, wodurch der Kapitalismus vor allem als abstraktes Phänomen wahrgenommen wird.

Kommt es nun zur (berechtigten) Wut und Kritik an den kapitalistischen Verhältnissen, enden sie aufgrund dieses ideologischen Verständnisses kapitalistischer Beziehungen als „Abstraktes“ oft in einer verkürzten Antikapitalismuskritik — und dadurch häufig in Formen des modernen Antisemitismus: „Der ‚antikapitalistische‘ Angriff bleibt jedoch nicht bei der Attacke auf das Abstrakte als Abstraktem stehen. Selbst die abstrakte Seite erscheint vergegenständlicht. Auf der Ebene des Kapitalfetisch wird nicht nur die konkrete Seite naturalisiert und biologisiert, sondern auch die erscheinende abstrakte Seite, die nun in Gestalt des Juden wahrgenommen wird. So wird der Gegensatz von stofflich Konkretem und Abstraktem zum rassistischen Gegensatz von Arier und Jude. Der moderne Antisemitismus besteht in der Biologisierung des Kapitalismus — der selbst nur unter der Form des erscheinenden Abstrakten verstanden wird — als internationalem Judentum.“⁴

Postone erklärt weiter, dass es sich keineswegs um einen Zufall handelt, dass Juden_Jüdinnen zur Zielscheibe des modernen Antisemitismus bzw. verkürzten Antikapitalismus wurden, sondern dies historisch bedingt ist. Ein Blick in die europäische Geschichte verdeutlicht diesen Umstand: „Die Nation war nicht nur eine politische Entität, sie war auch konkret, durch eine gemeinsame Sprache, Geschichte, Traditionen und Religion bestimmt. In diesem Sinne erfüllten Juden nach ihrer politischen Emanzipation als einzige Gruppe in Europa die Bestimmung von Staatsbürgerschaft als rein politischer Abstraktion.“⁵ Wenn wir uns nun im Bereich der Geschichte bewegen, dann sollte auf ein weiteres Ereignis verwiesen werden, welches auf das Alleinstellungsmerkmal des Antisemitismus hindeutet — nämlich die Shoa. Nach Postone war es der „absolute Vernichtungskarakter“, der diese auszeichnet. Wird rassifizierten Personen in rassistischen Ideologien zumeist eine untergeordnete Existenz zugeschrieben, so zielte der Nationalsozialismus und Antisemitismus auf die vollständige Auslöschung alles jüdischen Lebens.

Es zeigt sich somit, dass die Kritik am Antisemitismus in seiner spezifisch ideologischen Form miteinbezogen werden muss. Gleichwohl sind die zu Beginn geäußerten Kritikpunkte an der Handhabung von Intersektionalität damit nicht automatisch beantwortet. Aufgrund der vorgebrachten Kritik das ganze Konzept der Intersektionalität zu verwerfen, welche auf eine erste Sichtbarmachung der sich gegenseitig durchdringenden Diskriminierungsformen abzielt, ist hierbei allerdings keine Lösung. Es gilt anzuerkennen, dass es sich um eine wichtige Idee des Schwarzen Feminismus handelt. Die Problematik dieser Idee zeigt sich aber in der gedankenlosen Übertragung auf deutsche Kontexte und dem ausschließlichen Fokus auf Identitätsmerkmale.

Als Antwort darauf braucht es ein geschichtsbewusstes Arbeiten, welches die Unterschiede und Gemeinsamkeiten verschiedener Diskriminierungsformen herausstellen kann, während es dabei einen stärkeren Fokus auf Ideologien in gesellschaftlichen Verhältnissen legt. Wie eine solche Arbeit aussehen kann, zeigt die Soziologin Karin Stögner: Sie arbeitet seit Jahren zu einem ideologiekritischen Verständnis von Intersektionalität, deren besonderer Fokus auf der Beziehung zwischen Antisemitismus und Sexismus liegt. Denn die antisemitische Ideologie ist nach Stögner in vielerlei Hinsicht auch auf Sexismus anwendbar. Gerade zu einer Kritik an dieser können intersektionale Theorien einen wichtigen Beitrag leisten. Allerdings ist dabei anzumerken, dass Stögners Texte keineswegs voraussetzungslos sind. Wer sich bislang nicht oder nur wenig mit Kritischer Theorie beschäftigt hat, wird schnell ins Straucheln geraten.

Damit taucht ein weiteres Problem im Umgang mit Intersektionalität auf. Das Konzept verspricht mit dem Fokus auf Identitäten schnelle Lösungen im Umgang mit Diskriminierung. Die bereits erwähnten „Privilegien-Checks“ und Ähnliches sind schnell (ab-)getan — es braucht keine langwierige Auseinandersetzung mit eigentlicher Theorie um festzustellen, welche Privilegien jemand „besitzt“. Und natürlich erscheint eine schnelle Lösung zunächst angenehmer, als stunden-, tage-, oder letztendlich jahrelang Bücher zu lesen, um schlussendlich zu verstehen, wie Unterdrückungsmechanismen in einer kapitalistischen Gesellschaft funktionieren.

Es ist dennoch darauf hinzuweisen, dass die angenehmste Lösung vielleicht nicht diejenige ist, die zu einer tatsächlichen, positiven Veränderung der Gesellschaft führen wird. Gerade dann, wenn wir Ideologien wie Antisemitismus, sowohl alleinstehend wie auch in Verschränkung mit anderen Machtverhältnissen ernsthaft etwas entgegensetzen wollen, braucht es die zwar ermüdende, letztendlich aber lohnenswerte Theoriearbeit — um gänzlich zu verstehen, woran wir eigentlich Kritik üben, und was gegen die herrschenden Verhältnisse getan werden kann.

- 1 In links(-liberalen) Kontexten werden jüdische Personen nun oftmals als weiß imaginiert werden. Dies zeugt von einem verkürzten Identitätsverständnis, zumal es sowohl Juden_Jüdinnen of Color als auch Schwarze Juden_Jüdinnen gibt. Diese können nicht nur sowohl von Antisemitismus als auch Rassismus betroffen sein, sondern werden zugleich noch mit einem Ausschluss aus links(-liberalen) Kreisen konfrontiert.
- 2 Postone, Moishe (2005): *Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen*. Freiburg: ca ira, S. 184.
- 3 Karl Marx/Friedrich Engels: *Die deutsche Ideologie, in: Marx-Engels-Werke*. Bd. 3, Berlin 1990.
- 4 Ebd.: 189.
- 5 Ebd.: 191.



KULTURKAMPF OHNE ALTERNATIVE?

JONAS
STUTZ

Was kann den Siegeszug der politischen Rechten aktuell aufhalten? Die Alternativlosigkeit des Neoliberalismus muss als Wegbereiter des Rechtspopulismus verstanden werden. Dagegen braucht es eine Linke, die sich vom Kulturkampf verabschiedet und die Klassenfrage neu stellt.

Derzeit versinken viele Versuche linker Taktik im Nebel des sogenannten Kulturkampfes. Dieser Begriff wird ins Spiel gebracht, um politischen Gegner_innen vorzuwerfen, sie würden den Menschen vorschreiben, wie diese zu leben hätten. Gendern, Cancel Culture, Fleisch-, Diesel- und Heizungsverbot – alle politischen Konflikte werden so als Fragen des Lebensstils kulturalisiert. Auf diese Art und Weise muss nicht über ökonomische Ungleichheit, sondern nur über den richtigen Lebensstil gestritten werden. Im radikalen Auftreten der Rechten zeigt sich durch die andauernde Hervorhebung jener Themen die schrittweise Hegemonisierung nach rechts. Als Feindbild imaginieren sie eine akademisch-kosmopolitische Elite, die dem Volk aus einfachen Männern und Frauen ihren Lebensstil aufzwingen will – sozusagen die Vorstellung von links-grünen Kulturkämpfer_innen. Teile der Konservativen ahmen die Deutungsmuster der Rechtspopulist_innen dankend nach.

Kritik am von rechter Seite imaginierten Kulturkampf erhebt sich allerdings auch von links. Thematisiert wird unter anderem, warum Arbeiter_innen sich verstärkt von linken Parteien abwenden¹. Eine Antwort darauf liefern einige, indem sie in queerfeministischer oder migrantischer Identitätspolitik die Zersetzung der Arbeiterbewegung sehen. Lohnabhängigen wird eine Bekennung zu traditionellen Werten zugeschrieben: Dem gegenüber sei die linke Politik der letzten Jahrzehnte das Projekt einer „kulturellen Elite“ geworden. Die identitätspolitischen Interessen einer Minderheit würden dabei die einfachen Werk tätigen von linken Organisationen fernhalten. Eine herbeifantasierte Machtelite soll also die Schuld am Rechtspopulismus tragen, durch den die rechten Ideen einer kulturellen Fremdbestimmung bestätigt werden. Statt neue Perspektiven aufzumachen, nutzt diese vereinfachte Kritik die Mittel des rechten Kulturkampfes, wie sich an ihrer prominentesten Vertreterin Sahra Wagenknecht zeigt². Ihre Politik ist nichts anderes als ein Angriff auf das Projekt einer emanzipatorischen Linken, die sowohl gegen die Ausbeutung der Massen als auch gegen Rassismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit kämpft. Wagenknecht inszeniert den Kulturkampf im Sinne einer Querfront: Als Ergebnis zeigt sich im Grunde nicht mehr als eine links-rechts-verschwurbelte Position. Ein Ausweg ist das nicht – sondern vielmehr ein Ausdruck der Kapitulation gegenüber den Rechtspopulist_innen.



DIE GESELLSCHAFTLICHE KRISE DER LINKEN

Am Ausgangspunkt einer materialistischen Kritik steht die neoliberale Entwicklung in fast allen reichen Staaten seit den 1980er Jahren. In der BRD nahm der Neoliberalismus vor allem mit den 2000er Jahren an Fahrt auf und dominiert seitdem die wirtschaftliche Entwicklung. Ziel neoliberaler Politik ist es, bei zunehmender Globalisierung die Beschäftigungsverhältnisse unsicherer zu gestalten. Der Abbau sozialer Sicherungssysteme und die Schaffung eines massiven Niedriglohnssektors³ sollten Arbeitsanreize steigern und somit Wirtschaftswachstum generieren. Mit anderen Worten: Man etabliert ein Arbeitsmarktregime zur Disziplinierung der Lohnabhängigen, das auf Unsicherheit baut und Angst vor dem sozialen Abstieg schafft. Nationale Wettbewerbsfähigkeit, also eine Sicherung der Profite, wurde mit der Entsicherung der Lohnarbeit erkaufte. Im Zuge dessen nahmen prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu, während der durchschnittliche Reallohn die letzten zehn Jahre stagnierte⁴. So gut wie alle etablierten Parteien von Mitte-Rechts bis Mitte-Links beteiligten sich an der Etablierung des Neoliberalismus als vorherrschenden ideologischen Rahmen politischer und gesellschaftlicher Probleme.

Bisher gut gesicherte Facharbeiter_innen befinden sich nun in einem Konkurrenzverhältnis zu Arbeiter_innen in schlechter bezahlten Jobs. Gleichzeitig verlieren betriebliche Mitbestimmung und Arbeitsverträge nach Tarifvertrag ihren Normalitätsstatus. Die 1950er bis 1970er Jahre waren dabei noch Jahrzehnte des institutionalisierten Klassenkompromisses: Gewerkschaften und SPD ließen ihr revolutionäres Potential fallen, als im Gegenzug die Unternehmen höhere Löhne zahlten. Zusammen mit staatlichen Sozialleistungen stieg so der Lebensstandard der meisten Arbeiter_innen auf ein nie gekanntes Niveau. Das kollektive Aufstiegsversprechen findet im neoliberalen Kapitalismus ein Ende: Für lohnabhängige Arbeiter_innen begann das neue Jahrtausend als eins der Prekarität. All dies reiht sich in eine zunehmende Einkommens- und Vermögensungleichheit der westlichen Staaten ein, die ihren Anfang in den 1980er Jahren zeitgleich zur Neoliberalisierung nahm⁵.

Doch gerade in der Zeit, wo die Belastungen für viele Lohnabhängige zunehmen und Aufstiegsversprechen zur Farce werden, verliert die „klassische“ Linke, in Form von beispielsweise der Linkspartei oder Gewerkschaften, mehr und mehr an gesellschaftlicher Relevanz. Bestehende Klassenkonflikte werden immer seltener im öffentlich-politischen Diskurs veräußert. Für dieses Nebeneinander nutzt der Arbeitssoziologe Klaus Dörre den Begriff der „demobilisierte Klassengesellschaft“⁶: Ein ideologisches Deutungsmuster, das die Ungerechtigkeiten, mit denen eine Klasse von Lohnabhängigen konfrontiert ist, als politisch ernsthaft und medial wirksam darstellt, gibt es nicht mehr. Die Sorgen und Konflikte, die Lohnabhängige im Betrieb und in der Klassengesellschaft erfahren, bestehen zwar weiterhin, werden aber auf politischer Ebene nicht repräsentiert.

Aber was ist mit den Parteien und Gewerkschaften, die sich in der Vergangenheit als Vertreter der Interessen der Arbeiter_innen gegen das Profitstreben des Kapitals stellten? Heute fehlt ihnen zu großem Teil die nötige Verankerung in der Zivilgesellschaft. Andere wiederum haben längst eine versöhnliche Haltung zur ökonomischen Elite eingenommen – oder waren selbst Wegbereiter der neoliberalen Umstrukturierung.

Im Alltag des neoliberalen Kapitalismus machen Industriefacharbeiter_innen die Erfahrung, dass ihre ehemals anerkannte Position an Wert und Sicherheit verliert. In dieser Situation wird das Erstarken rechten Gedankenguts bei Arbeiter_innen wahrscheinlicher – insbesondere in strukturschwachen Regionen, wie beispielsweise großen Teilen Ostdeutschlands, und industriellen Branchen mit Wachstumsschwächen. Reale Verteilungskonflikte bewirken dabei aber nicht zwangsläufig eine Kritik an der besitzenden Klasse und Solidarität zwischen allen Arbeiter_innen. Die wahrgenommene Abwertung der eigenen Position kann sich schnell in eine exklusive Solidarität unter Ausschluss von Migrant_innen oder Arbeitslosen wenden. Dörre beschreibt diese Tendenz zur Klassenspaltung so: „Sofern im Alltagsbewusstsein der Menschen, die zu den beherrschten Klassen gehören, die Orientierungen fehlen, die mobilisierte Kollektive hervorbringen könnten, wirken Klassenverhältnisse im Modus der Konkurrenz, infolge einer permanenten Scheidung in Gewinner und Verlierer sowie mittels kollektiver Auf- und Abwertungen.“⁷ Vereinfacht gesagt, in der demobilisierten Klassengesellschaft wird nach unten und nicht nach oben getreten. So hat der Rassismus der populistischen und völkischen Rechten es leichter, auf Sympathien in der Bevölkerung zu stoßen.

Industriearbeiter_innen pauschal einen Rechtsruck zu unterstellen wäre falsch. Wie Linda Beck und Linus Westheuser⁸ zeigen, regt sich in ihnen ein vages Gefühl für ihre abhängige Rolle gegenüber dem Kapital. Viele der von ihnen interviewten Arbeiter_innen äußern sich abfällig gegenüber den Manager_innen ihrer Unternehmen, kritisieren eine zunehmende ökonomische Ungleichheit und Machtgefälle zwischen denen „da oben“ und den „einfachen Leuten“. Die alltägliche Ungleichheitskritik von Lohnarbeiter_innen besteht aus verschiedenen Aspekten, die nicht unbedingt einheitlich ideologisch zuordenbar sind. Neben einer Kritik an ökonomischer Ungleichheit, Leistungsdruck, Profitstreben und einer Haltung gegen den Staat als Vertreter einer reichen Elite sieht man sich selbst als Teil eines sozialen Untens. Andere Muster der Arbeiter_innenkritik äußern sich als „reaktives Unrechtsbewusstsein“. Die gesellschaftliche Verteilung von Geld, Leistungsansprüchen und Anerkennung gerät in einen Gegensatz zur Legitimitätsvorstellung, die sich an einem Leistungsprinzip orientiert. Menschen in mächtigen Positionen werden als Gefährder_innen dieser Leistungsgerechtigkeit zum spontanen Kontrastbild der eigenen Existenz.

Mit einem solchen Ungerechtigkeitsbewusstsein kommt oft die Erkenntnis, alleine nicht in der Position zu sein, die Verhältnisse zu verändern zu können. Es folgt politische Apathie. Im gleichen Zuge werden Migrant_innen und Arbeitslose als Personen gesehen, die ungerechtfertigte staatliche Leistungen beanspruchen und diese Leistungen augenscheinlich auch bewilligt bekommen. Rechte Ideologien, die dem homogenen, arbeitsamen Volk eine Gruppe von ausländischen Sozialleistungsbezieher_innen entgegensetzen, können hier leicht an das Alltagsbewusstsein der Arbeiter_innen anknüpfen. „Es lässt sich vermuten, dass solche exkludierenden Elemente des Arbeiterbewusstseins an Bedeutung gewinnen, wenn die organisatorische und diskursive Destrukturierung des Klassenkonflikts ein Kernelement der Arbeiterkritik – die Kritik an den Reichen und Besitzenden – politisch heimatlos werden lässt“⁹, so Westheuser und Beck.

STRATEGIEN AUSSERHALB RECHTEN KULTURKAMPFS

Mit dem marxistischen Philosophen Antonio Gramsci lässt sich von einer „Spontanität“ der subalternen¹⁰ Klassen sprechen. Im Alltagsverstand der Massen verankert sich eine Kritik an den Ausbeutungsverhältnissen, aber auch traditionelle Überzeugungen. Ohne ideologische Leitung entstehen spontane gesellschaftliche Bewegungen, die sich am vorhandenen Alltagsverstand orientieren. Gramsci schreibt: „Fast immer geht eine ‚spontane‘ Bewegung der subalternen Klassen mit einer reaktionären Bewegung der Rechten der herrschenden Klasse einher aufgrund von zusammenwirkenden Ursachen: eine ökonomische Krise zum Beispiel löst Unzufriedenheit in den subalternen Klassen und spontane Massenbewegungen auf der einen Seite aus, und auf der anderen Seite bewirkt sie Komplotte der reaktionären Gruppen, die von der objektiven Schwächung der Regierung profitieren und Staatsstriche versuchen.“¹¹ Deshalb plädiert Gramsci dafür, die spontanen Volksbewegungen nicht einfach als Regung eines falschen Bewusstseins abzutun.

Es braucht eine Linke, die glaubhaft kommuniziert, dass sie die ökonomischen und sozialen Bedingungen, unter denen ein Großteil der arbeitenden Klasse lebt, verbessern kann – und das folglich auch umsetzt. Die Linke darf keine Strategie verfolgen, die den rechten Kulturkampf stärkt, indem sie Anti-Wokeness zum Leitmotiv ihrer Agitation macht. Statt der rechtspopulistischen Volksidentität muss die Linke eine inklusiven Klassenbegriff popularisieren. Am Alltagsbewusstsein der Lohnabhängigen anzusetzen, dabei Menschen direkt als Arbeiter_innen anzusprechen und auf die Gemeinsamkeiten der Interessen von Lohnabhängigen, egal welcher Herkunft und äußerer Zuschreibung, zu verweisen, kann ein Anfang für eine neue Mobilisierung des Klassenkonflikts sein. Denjenigen, die keinen Sinn mehr in demokratischen Beteiligungsformen sehen, kann so wieder Hoffnung für eine soziale Veränderung gemacht werden. Dennoch bleibt das Problem bestehen, dass vor lauter Uneinigkeit in der generellen Ausrichtung linker Politik es der Linken oft an überzeugenden Strategiekonzepten fehlt. Allerdings zeigen die Erfolge der Kommunistischen Partei Österreichs vorbildhaft, wie ein einst verloren gegangener Rückhalt in breiten Bevölkerungsschichten wiedererlangt werden kann¹².

Die heutigen und zukünftigen Krisen vergrößern die rechten Protestpotentiale in einer demobilisierten Klassengesellschaft. In Europa steht eine neue Phase der Austeritätspolitik bevor. Genauso bringen die Inflation und Corona viele Arbeiter_innen in materielle Bedrängnis. Apathie und Protest in Ostdeutschland sind geprägt von langjähriger Massenarbeitslosigkeit im Zuge der profitgetriebenen Umstrukturierung zur kapitalistischen Marktwirtschaft. Eine Transformation zu einem dekarbonisierten Wirtschaftssystem wird hier zu einer echten Gefahr. Wenn Rechte eine gerechtere Klimapolitik im Sinne ihres fantasiierten Kulturkampfes attackieren, sollte eine strategische Linke für eine soziale Alternative sorgen. Es wäre fatal, dem rechten

Protest keine strukturierte Antwort entgegenzusetzen: Die Linke muss die materiellen Ursachen des Rechtspopulismus analysieren, statt sich ihm inhaltlich anzubiedern. Eine linke Bewegung sollte den Kampf jetzt erst Recht mit sozialistischem wie inklusivem Ideal führen. Die Forderung sollte nicht nur sein, privat anfallende Kosten mit staatlichem Geld sozialgerecht zu übernehmen — Arbeitende müssen dabei gestärkt werden, sich die Macht im Produktionsprozess zu erkämpfen. Nur wenn Gewerkschaften, linke Parteien und Bewegungen es schaffen, die Arbeiter_innenkritik in sich aufzunehmen und demnach Politik im Interesse der arbeitenden Klasse zu machen, kann die Mobilisierung von Rechts und ihre steigende Popularität bekämpft werden.

- 1 www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-BT-DE/umfrage-job.shtml
- 2 www.blick.ch/politik/sahra-wagenknecht-faehrt-linken-an-den-karren-die-lifestyle-linke-schaut-auf-alle-anderen-herab-id18189046.html
- 3 www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Bevoelkerung-Arbeit-Soziales/Arbeitsmarkt/Qualitaet-der-Arbeit/_dimension-2/niedriglohnquote.html
- 4 www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/05/PD23_206_62321.html
- 5 www.wid.world/country/germany/
- 6 Klaus Dörre (2019): *Umkämpfte Globalisierung und soziale Klassen. 20 Thesen für eine demokratische Klassenpolitik*. In: Candeias/Dörre/Goes (Hrsg.): *Demobilisierte Klassengesellschaft und Potentiale verbindender Klassenpolitik*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung. www.rosalux.de/publikation/id/41059/demobilisierte-klassengesellschaft-und-potentiale-verbindender-klassenpolitik/
- 7 Ebd.: S. 39
- 8 Linda Beck/Linus Westheuser (2022): *Verletzte Ansprüche. Zur Grammatik des politischen Bewusstseins von ArbeiterInnen*. In: *Berliner Journal für Soziologie* 32, S. 279–316. www.link.springer.com/article/10.1007/s11609-022-00470-0#citeas
- 9 Ebd.: S. 309
- 10 Subalternität hier verstanden als Teil der beherrschten Klassen, insbesondere die Arbeiter_innen, die im Gegensatz zu den herrschenden Klassen keine bestimmende Rolle an der gesellschaftlichen Hegemonie haben.
- 11 Becker/Candeias/Niggemann/Steckner (Hrsg.) (2013): *Gramsci lesen. Einstiege in die Gefängnishefte*. Hamburg: Argument, S. 220.
- 12 Dazu sei auf ein Gespräch zwischen Veronika Bohrn, Fabian Lehr und Ines Schwerdtner über die österreichische Linke verwiesen. www.youtube.com/watch?v=YWawmAmF2aI



ZUR KRITIK DES ANTISEMITISMUS & ANTIKOMMUNISMUS IN DER DDR-AUFARBEITUNG

KRISTINA N.
DERS

Wer sich aus einer linken, kritischen Perspektive mit der DDR beschäftigt, sollte ein besonderes Augenmerk darauf legen, keine vorschnellen affirmativen oder aversiven Urteile zu fällen. Die Biographieforschung kann unter anderem ein Mittel sein, welche sich mit der Kritik des Antisemitismus aber auch des Antikommunismus in der DDR-Aufarbeitung befasst.

Ein Amalgam – so bezeichnet man das Ergebnis dessen, wenn zwei Stoffe sich verbinden, ineinander aufgehen, verschmelzen: Etwas Neues entsteht. Im Gegensatz zum Amalgamieren in der Chemie, wonach sich zwei Stoffe in der Regel wieder voneinander trennen lassen, ist der Prozess in den Gesellschaftswissenschaften ungleich mühseliger. In Bezug auf die bundesdeutsche Aufarbeitung der DDR lässt sich die Analogie darauf anwenden, wie Momente der Kritik des Antisemitismus mit Elementen antikommunistischer Weltanschauung amalgamiert sind. Wie es zu diesem historischen Prozess kam, und welche Konsequenzen er bis heute – unter anderem auch an der Humboldt Universität zu Berlin – aufweist, soll folgend aufgezeigt werden.

Dabei soll keineswegs der Versuch einer „Ehrenrettung“ der DDR unternommen werden. Genauso wenig wird behauptet, in der DDR hätte es keinen Antisemitismus gegeben. Es wird für eine Aufarbeitung der Geschichte der DDR plädiert, die nicht vom Beginn der Erzählung an das Ziel ihrer Delegitimation verfolgt. Aus linker Perspektive kann wenig daran gelegen sein, die Lebensleistung jener, die nach Flucht, Vertreibung, Exil und Lagerhaft sich dazu entschlossen, nach Deutschland zurückzukehren und einen neuen Staat mit gerechteren Lebensbedingungen aufzubauen, herabzuwürdigen und sie zu naiven Gläubigern des Kommunismus zu erklären. Stattdessen sollten wir uns fragen, warum sie so fest davon überzeugt waren, sich selbst in einer historischen Situation zu befinden, in der der Aufbau dieses anderen Staates möglich ist.

Die bundesdeutsche Aufarbeitung ist getragen von verschiedenen Säulen. An dieser Stelle stellen sich zwei als besonders betrachtenswert heraus: Eine besteht wesentlich daraus, ihren Gründungsmoment, den Antifaschismus, zum Mythos zu erklären. Eine andere versucht, eine antisemitische Kontinuität zu behaupten. Beide sind eng miteinander verknüpft.

Bereits 1992 gründete der deutsche Bundestag eine Enquete-Kommission¹, die sich der „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ verpflichtet sah. Auf diese Kommission folgte eine zweite, die schließlich in die Bundesstiftung Aufarbeitung überführt wurde. Diese arbeitete daran, die SED „in das kommunistische Machtgefüge und die Geschichte des Kommunismus [einzubetten], denn es hat ja auch in der Weimarer Republik eine Kommunistische Partei in

Deutschland gegeben, die ihren ganz eigenen Beitrag zum Untergang der Weimarer Demokratie geleistet hat“². Es offenbart sich der Versuch, den Gründer_innen der DDR, die oftmals eben Mitglied in der KPD der Weimarer Republik waren, eine historische Mitschuld am Dritten Reich zuzusprechen und so die DDR in eine direkte Kontinuität zu stellen.

Wird über die ehemalige DDR gesprochen, ob nun im öffentlichen oder akademischen Diskurs, so geht es zumeist um ihr Scheitern, das ebenso häufig als unvermeidlich vorausgesetzt wird. Als die DDR 1949 auf den Trümmern des nationalsozialistischen Deutschland gegründet wurde – ausgerufen von der so-wjetischen Siegermacht und aus dem Exil, aus dem Lager oder Versteck Zurückgekehrten, die den Glauben an die Veränderbarkeit ihrer alten Peiniger nicht verloren hatten – war dieses Scheitern allerdings nicht in Stein gemeißelt.

Das Wissen um das Scheitern des Sozialismus muss also weder Erzählung noch Forschung zwangsläufig zugrunde gelegt werden. Stattdessen kann es lohnenswert sein, die Geschichte der DDR von vorne zu erzählen und ihr Ende eben bis zum Ende offen zu halten, um den jeweiligen Handlungen der in ihr partizipierenden Personen gerecht zu werden. Als Beispiel dafür soll Wolfgang Heise besprochen werden, welcher an späterer Stelle durch seine Biographie und sein Wirken genau diesen Ansatz bestätigt.

Viele der Zurückgekehrten vertraten die feste Überzeugung, die Deutschen, die in der überwältigenden Mehrheit Hitler gestützt hatten, durch beispielsweise Bildung zur Abkehr von nationalsozialistischen Gedankengut bewegen zu können. So erklären sich auch die massiven Subventionierungen, die der Staat der Kulturarbeit, aber auch den Universitäten zukommen ließ. Natürlich musste diese Kulturarbeit, genauso wie die wissenschaftliche, sich in den Schmalspuren der Marxismusauslegung der SED bewegen und war in dem Sinne nicht frei. Die Behauptung, man hätte einen antifaschistischen Konsens einfach vorausgesetzt und den Deutschen dann übergestülpt, lässt sich allerdings historisch nicht beweisen.³ Erklärt man den zentralen Baustein der DDR von vornherein zum Mythos, der nie handlungsweisend war, negiert man das eigentliche Fundament des Staates und bereitet den Weg für eine Geschichte, die nach eigener Interpretation nie erfolgreich hätte ausgehen können.

Hier zeigen sich Parallelen zum Kulturkampf von Rechts, den wir gerade beobachten können. Das Scheitern der DDR wird nicht auch im Kontext ihrer letztendlichen Unterlegenheit unter den ökonomischen Zwängen betrachtet, sondern man postuliert die eigene Überlegenheit, indem man sich ihrer angeblich unterlegenen kulturellen Beschaffenheit annimmt.

In der DDR gab es nie eine Stunde 0 zur Staatsgründung, mit der der Antisemitismus den Menschen ausgetrieben worden wäre. Deswegen lässt sich auch nicht behaupten, in der DDR hätte es keinen Antisemitismus gegeben. Die Rückkehrer_innen waren sich dieser Situation schmerzlich bewusst⁴. Die Behauptung einer antisemitischen Kontinuität geht aber über das Verbleiben von nationalsozialistischer Ideologie in den Köpfen der neuen DDR-Bürger_innen hinaus. Sie zieht eine Kontinuität zwischen dem NS und DDR, und untermauert durch verschiedene historische Zerrbilder. Häufig benannt werden die osteuropäischen Schauprozesse, die Hierarchisierung der Verfolgten des NS in „Opfer“ und „Kämpfer“, die Weigerung der SED, arisiertes Eigentum seinen ursprünglichen Besitzer_innen zurück zu übergeben und das Verhältnis der SED zu Israel.

Eine differenzierte Perspektive auf die DDR ist nur möglich, indem man sich mit diesen Geschehnissen auseinandersetzt. Dass sie Anlass bieten, eine antisemitische Kontinuität zwischen NS und DDR herzustellen, ist nach eingängiger Betrachtung zu verwerfen. Besonders sticht in diesem Kontext die Aussage des Historikers Michael Wolffson hervor, die DDR sei „praktisch ‚judenrein‘ (gewesen). Hitlers Wille war hier weitgehend Wirklichkeit ...“⁵. Wie Herzberg eindrücklich aufzeigt, ist diese Behauptung schlichtweg nicht richtig. Einige Hundert Menschen jüdischer Herkunft, die gegen die Nazis kämpften, vor ihnen fliehen mussten oder von ihnen eingesperrt wurden, kehrten aus Überzeugung in die DDR zurück und ersetzten dort „die weitgehend NS-belastete Intelligenzschicht in entscheidenden politischen und geistig-kulturellen Lebensbereichen“⁶. Viele von ihnen gerieten, als Anspruch und Wirklichkeit in der DDR zu stark auseinander zu klaffen begannen, aufgrund ihrer dadurch entstandenen Kritik an der SED in Konflikt mit ihr und erfuhren staatliche Repression⁷.

Ebenjene sind es, die vom Amalgam der Kritik des Antisemitismus–Antikommunismus nach der Wiedervereinigung immer wieder unsichtbar gemacht worden sind und weiterhin werden. Sie sind zwar jüdischer Herkunft, wenn sie auch im Regelfall, aufgrund von bürgerlicher Assimilation vor den Weltkriegen oder spätestens der Hinwendung zum Marxismus zwischen den Kriegen, kaum mehr jüdische Praxis betreiben. Sie sind aber auch überzeugte Marxist_innen und schwören dem Marxismus selbst dann nicht ab, wenn sie wie Ernst Bloch aufgrund ideologischer Differenzen die DDR sogar verlassen. Das Kontrastdenken des Amalgams Kritik des Antisemitismus–Antikommunismus kann und will sie nicht erfassen.

Für die Humboldt-Universität ist schließlich Wolfgang Heise zu nennen. Er wurde 1925 als Sohn einer jüdischen Mutter und eines preußischen Vaters in Berlin geboren. Die Gräueltaten der Nazi-Zeit erlebte er als im damaligen Jargon sogenannter „Halbjude“ am eigenen Leibe. Nach dem Abitur wurde er nach Zerbst deportiert, um Zwangsarbeit zu leisten. Die Folter der Nazis trug er bis zu seinem Lebensende nicht nur psychisch, sondern auch physisch mit sich. Sie führte mutmaßlich zu seinem frühen Tod im April 1987. Nach dem Sieg der Alliierten trat er der KPD bei und machte sich auf den Weg einer akademischen Karriere. Dieser führte ihn auf den Lehrstuhl für Philosophiegeschichte, welcher jedoch bald darauf unterbrochen wurde: Er stellte sich öffentlich gegen den kulturellen Kahlschlag des 11. Plenums des ZK⁸, zeigte sich solidarisch mit seinen Schülern, wie beispielsweise Wolf Biermann und Rudolf Bahro. Seinen Professorenposten musste er daraufhin räumen.

Unter seinen Schüler_innen ist er bis heute unvergessen, im wissenschaftlichen Diskurs und an seiner Wirkungsstätte spielt er allerdings keine Rolle mehr. Mit den akademischen Umstrukturierungen der Neunziger Jahre ist das intellektuelle Erbe des marxistischen Wissenschaftlers in vollkommene Vergessenheit geraten. Symptomatisch dafür ist die einführende Vorlesungsreihe der „Berliner Kulturwissenschaft“, in der sich auf zahlreiche wissenschaftlich revolutionäre Personen und Texte bezogen wird, die zwischen 1900 und 1933 im Umfeld der Berliner Universität entstanden. Das Institut für Kulturwissenschaft entstand jedoch mit seinen Rechtsvorgängern erst Anfang der sechziger Jahre in Ostberlin. Analog dazu wird heute allerdings in Bezug auf die Anfänge der „Berliner Schule der Kulturwissenschaft“ auf Friedrich Kittler verwiesen, der im Zuge der Wiedervereinigung an seinen Berliner Lehrstuhl gelangte.

Die tatsächliche Entstehungsgeschichte des Instituts ist eng verknüpft mit der Lehrtätigkeit Wolfgang Heises, der die Kulturwissenschaft der DDR in stärkstem Maße prägte und nach dem erzwungenen Rückzug aus der Philosophie dort einen ordentlichen Lehrstuhl bekleidete.

Die Entwicklung eines differenzierten Verständnisses des historischen Versuchs DDR ist nur möglich, indem man sich mit den Biographien all jener auseinandersetzt, die ähnliche Schicksale erfahren haben wie beispielsweise Wolfgang Heise. Sie eröffnen wichtige Möglichkeiten der Kritik am System, auch von innen, die uns sonst verschlossen bleiben. Man muss nicht die Meinung vertreten, die heutige deutsche Linke hätte die DDR beerbt, um zu erkennen, dass ein Lernen aus ihren Fehlern nicht nur möglich, sondern notwendig ist. Die häufig reflexhafte Abwehr demgegenüber zu hinterfragen, ist ein wichtiger Schritt für den Weg, sich frei zu machen vom eigenen Aufwachsen in den ideologischen Zwängen der Zeit nach dem Mauerfall.

- 1 „Enquete-Kommissionen (französisch „enquete“: Befragung, Untersuchung) bereiten Entscheidungen zu umfangreichen und bedeutenden Themen vor. Auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder ist der Bundestag verpflichtet, eine Enquete-Kommission einzusetzen. Die Mitglieder der Enquetekommission werden im Einvernehmen der Bundestagsfraktionen benannt.“
www.bundestag.de/services/glossar/glossar/E/enquete-444734
- 2 Seitz, Norbert: *Der SED-Diktatur droht das Vergessen*.
<https://www.deutschlandfunk.de/ddr-geschichte-der-sed-diktatur-droht-das-vergessen-100.html> (2017)
- 3 Selbst wenn sich die Situation so zugetragen hätte, erscheint die moralische Anfechtung davon dennoch wenig sinnvoll. Hätten die Deutschen, die sich nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes trotzdem nicht von ihm abwenden und weiterhin menschenfeindlich sein wollten, es nicht verdient gehabt, dafür verfolgt und verurteilt zu werden? Hier zeigt sich, wie Antikommunismus dazu führt, denjenigen, die im sozialistischen Staat weiterhin ihrer antisemitischen und rassistischen Ausfälle fröhnen wollten, unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit das Recht dafür zuzusprechen zu wollen. Die Frage, wem da Solidarität zu- und wem abgesprochen wird, sollte sich gestellt werden.
- 4 Jüdisches Museum Berlin: *Ein anderes Land - Jüdisch Leben in der DDR*. Neuland-Audios aus der Ausstellung.
www.jmberlin.de/ausstellungsaudios#lightbox-73579 (2023)
- 5 Herzberg, Wolfgang: *Jüdische Überlebende, NS-Täter, und Antisemitismus in der DDR*.
www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/324697/juedische-ueberlebende-ns-taeter-und-antisemitismus-in-der-ddr/ (2020)
- 6 Ebd.
- 7 Es erscheint sinnvoll zu betonen, dass die Repression nicht erfolgte, weil sie jüdisch waren, sondern weil sie sich gegen die Partei stellten.
- 8 Im Dezember 1965 fand das elfte Plenum des Zentralkomitees statt, angesetzt um die wirtschaftliche Entwicklung der DDR zu debattieren. Es geriet unter Walter Ulbrichts Federführung zum kulturellen Kahl-schlagsplenum. Die kulturellen Entwicklungen der vorausgegangenen kurzen Periode der Liberalisierung wurden harscher Kritik unterzogen, vornehmlich um von der desaströsen wirtschaftlichen Lage und dem Scheitern des Neuen Ökonomischen Systems abzulenken.



PUBLISHING IS CANCELLED

RONJA
ARNDT

Mit ihrem neusten Buch liefert Rebecca Kuang einen gewohnt geistreichen Roman ab. Im Gegensatz zu ihren vorherigen Werken werden Lesende jedoch nicht in eine magische Welt gezogen, sondern bekommen Einblicke in die Probleme der Verlagswelt – besonders in Hinblick auf Rassismus.

Identitätspolitik, Cancel Culture, Cultural Appropriation – diese Schlagwörter kursieren in den letzten Jahren immer häufiger durch soziale wie andere Medien. Während Rechte empört aufschreiben, werden die Konzepte in linken Kreisen heftig diskutiert. Diese Diskurse bleiben nicht nur auf Instagram, X (ehemals Twitter) und anderen Plattformen, sondern finden auch ihren Weg in die Popkultur.

Der 2023 erschienene Roman „Yellowface“ stellt sich den besagten Themen im Bereich der Literatur sowie des zugehörigen Literaturmarkts zwischen Schreibenden, Fans, Kritiker_innen und Verlagen. Bei einem näheren Blick auf das Buch zeigt sich eine nicht undifferenzierte Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse bezüglich Rassismus und Kapitalismus. Mit „Yellowface“ wagt die Autorin Rebecca Kuang den Sprung in ein neues Genre. Während ihre Romane bislang im Bereich der Fantasy angesiedelt und von Magie beflügelt wurden, so handelt es sich bei dem Werk um eine ganz und gar in der realen Welt angesetzte Satire.

Der Plot ist auf den ersten Blick relativ simpel: June, *weiß* und wenig erfolgreich mit ihren Versuchen als Autorin erfolgreich zu sein, steht seit ihrer gemeinsamen Zeit am College in Kontakt mit ihrer dort gefundenen „frenemy“¹. Athena, als asiatisch-amerikanische Schriftstellerin mehr als erfolgreich, lädt June nach einigen Cocktails zu sich ein – und verstirbt überraschend. June stiehlt kurzerhand das nahezu fertige Manuskript, das Athena ihr noch kurz vor ihrem überraschenden Tod zeigte und beginnt, es fertigzustellen. Es kommt zum sehnlichst erwarteten Durchbruch, zusammen mit einer Lawine an Ereignissen. June muss sich nun zurechtfinden in verschiedenen Diversity-Programmen der Verlagswelt, sieht sich dem Vorwurf der Cultural Appropriation ausgesetzt und muss damit umgehen lernen, was es bedeutet, als Person des öffentlichen Lebens ‚gecancelt‘ zu werden. Mit bissigem Humor und rasantem Erzähltempo werden aktuelle politische Fragen gestellt und verhandelt. Darf eine *weiße* Frau über nicht-*weiße* Charaktere schreiben? Wo liegt das Interesse von Verlagen tatsächlich, wenn es um Diversity geht? Handelt es sich bei ‚Cancel Culture‘ und Identitätspolitik tatsächlich um emanzipatorische Politiken?

Wer sich bereits ein wenig mit Kuang als Person und ihren erschienen Büchern, nämlich der „Poppy-War“-Triologie sowie „Babel“, beschäftigt hat, ist geneigt, eine linke Analyse der

genannten Thematiken zu erwarten – und liegt damit keineswegs falsch. Kuang ist nicht nur dafür bekannt, dichte Theoriearbeit anhand von Theoretiker_innen wie Frantz Fanon, Edward Said oder auch Cedric J. Robinson im Hintergrund ihrer Romane zu verhandeln, sie engagiert sich auch abseits ihres Schreibens politisch. So unterstützte sie im vergangenen Jahr etwa die Streikenden HarperCollins, also des Verlagshauses, in welchem bislang ihre eigenen Bücher erschienen sind.

Dies zeigt sich auch an verschiedenen Stellen in „Yellowface“, von denen einige exemplarisch hervorzuheben sind: Begonnen werden kann hierbei mit einer der offensichtlichsten, nämlich Junes Identität als *weiße* Frau und der daraus resultierenden Darstellung ihrer selbst als Opfer der Umstände. Während im *weiß* geprägten, liberalen bzw. westlichen Feminismus *weiße* Frauen sich seit jeher gerne als die am stärksten betroffenen Opfer des Patriarchats darstellen, lässt diese radikale Interpretation ihrer gesellschaftlichen Stellung oft nicht zu, dass sie zugleich auch als Täterinnen in Frage kommen. Ebenso verhält sich June, wobei anhand ihres Charakters deutlich wird, dass eine Identität als (*weiße*) Frau keineswegs ausschließt, dass sie eben nicht auch Täterin sein kann – was sich bereits zu Beginn der Handlung zeigt, als sie das Manuskript Athenas‘ stiehlt.

Darüber hinaus lässt sich an June (trotz ihrer nur bedingten Verlässlichkeit als Erzählerin), ein weiterer Kritikpunkt Kuangs finden. Dieser wiederum bezieht sich auf den Umgang von Verlagshäusern mit Diversity als Verkaufsstrategie. So wird im Laufe des Romans deutlich, dass das Team, welches Junes Buch in dem Prozess der Veröffentlichung betreut, *race* als verkaufsfördernden Faktor nutzen will. Dabei geht es selbstredend lediglich um Profit, und keinesfalls darum, für tatsächliche Sichtbarkeit zu sorgen. So ist dem Verlag klar, dass es sich bei June sicherlich nicht um eine von (anti-asiatischem) Rassismus betroffene Person handelt.

Kuang's überspitzte Darstellung der fiktiven Ereignisse hat dabei einen realen Hintergrund. Eine 2022 veröffentlichte Studie (entstanden in dem Zeitraum, in welchem auch „Yellowface“ geschrieben wurde), beschäftigt sich mit *race* als Faktor in der Verlagsindustrie. Die Ergebnisse sind leider – erwartenswerterweise – ernüchternd. Die Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit und gegen Rassismus, die 2020 während der Black-Lives-Matter-Proteste sich auch an Verlage richteten, haben lediglich zu mehr Diversity-Konzepten als Form von Marketingstrategie geführt. Die in Großbritannien gefundenen Ergebnisse lassen sich auch mit wenig Vorstellungsvermögen auf die USA, wo Kuang arbeitet und ihrer Roman spielt, übertragen: „Dieser Artikel drehte sich um die Frage: Wie macht die Verlagsbranche Autor_innen of Color? Die kurze Antwort lautet, dass sie für ein *weißes* Publikum der Mittelschicht gemacht werden. Die zunehmende wirtschaftliche Bedeutung von Diversity kann

zu einigen Chancen für Autor_innen of Color führen, aber nur, wenn sie den rassistischen Erwartungen weißer Verleger_innen und Einzelhändler_innen entsprechen. Und selbst wenn diese Erwartungen erfüllt werden, führt dies nicht unbedingt zu wirtschaftlichen Vorteilen. Vielmehr wird dadurch der Lohn für ihre Arbeit verringert [Übersetzung R.A.]”² Ebenso verhält es sich in „Yellowface“ mit dem Buch, das June veröffentlicht – kein Wunder, dass es sich um einen einschlagenden Erfolg im Mainstream handelt.

Wenden wir uns von June als Protagonistin ab und widmen uns der eigentlichen Autorin Athena. Wenngleich sie bereits zu Beginn des Romans verstirbt, so lässt ihr metaphorischer Geist niemanden wirklich ruhen: An dieser Rolle zeigt sich die Schärfe von Kuangs Kritik, die vom rasanten Erzähltempo verschluckt wird. Zwischen den sich überschlagenden Ereignissen und absurden Spitzen ist es stellenweise nicht so einfach herauszulesen, wer nun auf welche Art kritisiert wird. Umso wichtiger, einen Moment innezuhalten und nach der zweiten Hauptfigur zu fragen. Denn Athena, wie beim sorgfältigen Lesen deutlich wird, war sicherlich keine tragische Heldin. Es wird mit jeder gelesenen Seite deutlicher, dass ihre Figur zugleich eine Kritik an reiner Repräsentationspolitik darstellt. Zwar gibt bzw. gab es mit ihr nun eine Schriftstellerin of Color ganz an der Spitze – das bedeutet(-e) aber weder, dass sie ihre Position genutzt hätte, um anderen Schreibenden of Color zu helfen, noch, dass sich dadurch das System geändert hätte. Dies stellt nicht nur eine relevante Kritik Kuangs dar, sondern zeigt auch ihr Talent, komplexe Charaktere zu schaffen. Athena ist kein Token, sondern eine eigene, vielschichtige Persönlichkeit, mit der man nicht gleichzeitig sympathisieren muss.

Neben den bereits genannten Punkten muss ein wichtiger Themenkomplex zu „Yellowface“ noch analysiert werden: nämlich die sogenannte ‚Cancel Culture‘. Immer wieder holt Kuang die nervenaufreibenden Dynamiken sozialer Medien hervor, begonnen bei Doom-Scrolling bishin zur Erfahrung, über diverse Plattformen ‚gecanceled‘ zu werden. Ohne an dieser Stelle zu viel von der Handlung spoilern zu wollen, zeigt Kuang, dass sie auch hierbei eine differenzierte Position vertritt: ‚Canceln‘, wie es häufig mit Einzelpersonen geschieht, kann eine Strategie zum Mundtot-Machen verschiedener Personen sein. Aber das System ändert sich dadurch nicht – im Zweifelsfall rückt lediglich jemand nach, wenn der Call-Out es schafft, die eigenen Echoräume zu verlassen. An diesem Punkt kann auch mit der Autorin und Aktivistin adrienne maree brown ergänzt werden, dass Diskurse in den sozialen Medien oft dazu verleiten, verschiedene Formen von Diskriminierung, Unterdrückung und Gewalt auf die gleiche Ebene zu heben, bei denen eine sorgfältigere Differenzierung notwendig wäre. Zeitgleich ist die Versuchung groß, sich von der Dynamik hinreißen zu lassen und das süße Gefühl, selbst besser als andere zu sein, auszukosten. Dies bedeutet aber nicht, dass ein Call-Out nicht eine wichtige Funktion für soziale Veränderung einnehmen kann – jedoch ist dafür eben die Art und Weise, wie er umgesetzt wird, von großer Bedeutung³.

Es stellt sich mit „Yellowface“ die Frage, was denn nun geschehen soll. Die besprochenen Probleme sind offensichtlich: Letztendlich handelt es sich bei der Verlagsindustrie auch nur um einen weiteren Marktweig des Kapitalismus. Kuang bleibt uns an dieser Stelle Antworten schuldig, und hierin liegt dann doch eine der Schwächen des Romans: Es fehlt eine stärkere Einbindung in gesamtgesellschaftlichen und damit auch kapitalistischen Verhältnisse. Beispielsweise wird der Faktor der Klasse im Zusammenhang mit Rassismus in dem Roman stark vernachlässigt und stellenweise wirkt es so, als habe Kuang den Roman eher für sich selbst, und somit zur zur Verarbeitung ihrer eigenen Erfahrungen, als für ein Publikum geschrieben. Lesende mögen zurückbleiben mit einem interessanten und wichtigen Einblick – und sich danach allerdings fragen, was denn nun getan werden sollte.

Wer nach „Yellowface“ die nächsten Schritte gehen will, sollte einen Blick in „Violent Phenomena“ werfen. In dieser ebenfalls neuen Publikation aus dem Jahre 2022 werden vielfältige Essays von Übersetzenden versammelt. Diese beschäftigen sich mit Fragen rund um Übersetzungen, Übersetzende, Rassismus, aber auch Ableismus und Klasse. Wie bereits in der Einleitung des Sammelbandes festgestellt wird, so handelt es sich auch beim Schaffen von Literatur um (Lohn-)Arbeit, und ist damit in die gesellschaftlichen, kapitalistischen Verhältnisse eingebunden. Infolgedessen geht es also nicht lediglich darum, wer wie repräsentiert wird (die Grenzen dessen zeigen sich bei Kuang am Charakter Athena), sondern auch, wie die gesamte Industrie Teil eines größeren Komplexes ist: nämlich eines profitorientierten, marktwirtschaftlichen Systems. Die Herausgebenden ziehen daraus einen treffenden Schluss: „Individuelle Bemühungen und Erfahrungen sind zwar wichtig, aber wirkliche Veränderungen, grundlegende Veränderungen, finden auf struktureller Ebene statt, und um diese zu verändern, müssen wir sie zunächst klar sehen. Unterdrückerische Systeme müssen eher abgebaut als verhandelt werden, damit neue Möglichkeiten entstehen, damit wir uns überhaupt etwas anderes vorstellen können [Übersetzung R.A.]”⁴ In diesem Sinne kann eine literarische Auseinandersetzung, wie Kuang sie bietet, hilfreiche Einblicke und kritische Ansätze bieten. Eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse erfordert jedoch weitaus mehr, nämlich den benannten Wandel der kapitalistischen Verhältnisse.

Trotz dieser Leerstelle in Kuangs Analyse in „Yellowface“ und den kleineren Kritikpunkten ist festzuhalten, dass Rebecca Kuang erneut ein komplexes, kritisches und gleichermaßen unterhaltsames Buch geschaffen hat. Mit rasantem Tempo jagen Lesende durch die Verlagswelt, wobei die satirischen Aspekte keineswegs über eine Realität, die man sich oftmals nicht mehr ausdenken könnte, hinwegtäuschen – sondern sie vielmehr erst wirklich greifbar machen.

- 1 „Eine Person in Ihrem Leben (in der Regel ein Freund eines Freundes oder ein Arbeitskollege), mit der Sie gut auskommen und deren Gesellschaft Sie insgesamt genießen, die Sie aber bei jeder Gelegenheit mit meist zweideutigen Komplimenten oder Sticheleien niedermacht. Sie sind immer dafür, dass Sie gut sind, aber eben nicht besser als sie. Normalerweise kommt das von einer gewissen Eifersucht auf irgendeinen oder alle Aspekte Ihres Lebens.“
www.urbandictionary.com/define.php?term=Frenemy
- 2 Saha, Anamik/Van Lente (2022): *The Limits of Diversity: How Publishing Industries Make Race*. In: *International Journal of Communication* 16(2022), 1804–1822.
- 3 Vgl. Brown, Adrienne Maree (2020): *We Will Not Cancel Us. And Other Dreams Of Transformative Justice*. Chico: ak press.
- 4 Bhanot, Kavite/ Tiang, Jeremy (2022): *Introduction*. In: Bhanot, Kavite/ Tiang (Hg.): *Violent Phenomena. 21 Essays on Translation*. Ohne Ort: Tilted Axis Press, S. 7–14.

GENDER IN PARADISE

DENNIS
GRAEMER

There is hardly a movie that has been as present this year as Greta Gerwig's "Barbie". Hated by some, celebrated by others, the question remains as to whether the film can withstand a materialistic analysis — or whether the message is not ultimately a rather pessimistic one.

Everyone seems to agree that the message of *Barbie* (2023) is a progressive one. The movie is, to its essence, feminist. We had to witness another one of Ben Shapiro's mental breakdowns: Triggered by "the most woke" of movies, the right's favourite man-child felt the need to publicly burn a Barbie doll. It is as of yet unclear whether he will recover from this overdose of *cringe*. So-called liberals, on the other hand, praise *Barbie* as "a film by women, about women, for women" and "a feminist fable". Thereby, *Barbie* is seamlessly integrated into the logic of the Culture War. Barbie feminism, feminism good. Barbie feminism, feminism bad.

All of this suggests that noone watched the actual movie.

"There is no interracial redemption. There is no Afrocentric redemption. Redemption is the narrative inheritance of humans. There is no denouement to social death."

Frank B. Wilderson III, *Afropessimism*

The term "Afropessimism" refers to a doctrine that describes the oppression of Black people as an indispensable part of the constitution of non-Black identities. It characterises the struggle of other subjugated groups as a struggle to claim their inherent humanity, which necessarily presupposes the exclusion of Blackness. Afropessimists believe that the destruction of Black lives is fundamentally inscribed in the very fabric of human civilisation.

The theory relies on the (post-)structuralist notion of *binary opposition*. Concepts receive their meaning not by referring to the outside world, but solely through their relationship to other concepts. Specifically, concepts need an opposite to function; "warm" only means something because it is not "cold". This must then also be true for the concept of humanity, which serves as the legitimising foundation for all emancipatory projects. Being human can only have meaning against the backdrop of something that is not human. In this sense, Blackness serves as a necessary foil to the humanity of everyone else. Humans, which associate themselves with agency, can only exist in contrast to passive Blacks.



Non-black women, workers, immigrants, gays, lesbians et cetera fight in order to be admitted into the realm of humanity. Their struggles can, at least theoretically, be successfully concluded. Humanistic universalism is the answer to sexism, class antagonism, and sexual identity, and at the same time necessarily reliant on the exclusion of Blackness.

Black suffering is therefore "a problem that has no solution". When we think about the question of Blackness, we are faced with "a problem in which everyone is complicit and for which no sentence can be written that would explain how to remedy it". Racism against blacks is not a historical relic and also not a contingent condition that could be eliminated by way of political interventions; it is encoded in the very essence of Blacks and non-Blacks.

This Afropessimism is just one of the most recent and extreme versions of a broader intellectual phenomenon. Earlier movements such as Black Nationalism, Pan-Africanism, and Négritude may rely on arguments which differ from the structuralist that the exclusion of Blacks is necessary to give meaning to "human", but they arrive at the same conclusion: Overcoming racism is impossible. There can be no equality between Black and non-Black people. Any "multi-racial" society is doomed to reproduce the oppression of Blacks.

Barbie expresses a world view that can be described as *Gynopessimism*, a concept coined by Jodi Dean. Radical feminism asserts that women and men are fundamentally the same, and that alleged differences in personality and aptitude are products, not causes of patriarchy. Butler's theory of performativity likewise opposes essentialism, arguing that gender is created and reproduced through speech and action. As we will see, *Barbie* vehemently contradicts those currents of feminism. In the end, even the now more popular trans feminism is shelved: the film revolves around questions of biological reproduction and ends with Barbie's visit to a gynecological practice. Despite the inclusion of a transgender Barbie, the final scene more heavily implies that having a vagina is essential to womanhood. Apparently, more than one trans person "walked out of the movie in a dysphoria spiral".

In the world of "Barbie", men and women are inherently different. They naturally aspire to two different forms of existence: Women want to live in Barbieland, while men are intuitively drawn to patriarchy. On one side, the rosy world of girls' nights out and niceties, on the other, Wall Street, weight training, and George Washington. Each of these realities must necessarily exclude half the population because women and men come from different dimensions.

As soon as he comes into our world, Ken is intuitively attracted by its patriarchal nature. He's fascinated by the masculine energy of horse-riding cowboys, by the testosterone-charged rituals of packed gym bros, by powerful businessmen. Once he manages to return to Barbieland, Ken brings patriarchal ideas with him, replacing Barbieland with the Kendom. Girl's Night is gone, the new order is one marked by copious amounts of beer, cowboy aesthetics, and machismo. The Kens love it, and the Barbies happily play along.

The desire to oppress women, the movie argues, is not a result of acquired gender roles. It is a natural tendency of men, an inherent drive. Even a man that has never been exposed to patriarchal ideas harbours a will to dominate and oppress women. Sexism is therefore not an ideology that can be overcome, not a social structure that can be abolished. It is the result of man's essence, of his very nature.

The world that men want to create is inherently incompatible with femininity and the well-being of women. And vice versa. Once the Barbies manage to overthrow the Kendom — not with guns and bayonets, of course, but in a stereotypically feminine manner — matriarchy is restored. The Kens lose everything; they will not even be allowed to appoint a single Justice to the Supreme Court. That is only logical. A world where Barbies thrive can't take Kens into consideration. Just like the Kens can only be truly happy at the expense of Barbies.

After her victory as leader of the revolution, our heroine ("Stereotypical Barbie") decides to live in patriarchy.

III

The film's Gynopessimism is an expression of our current discursive constitution. Like Afropessimism, Gynopessimism reflects the intuition that the universalism of the Enlightenment, still alive in the ideas of Martin Luther King and Simone de Beauvoir, has failed.

While this corresponds to a general disappointment in Modernism, that is far from the whole story. The fact of the matter is that we don't know what to do about issues of discrimination. In most liberal democracies, legal equality is achieved; Slavery has been abolished, segregation is dead. Women have the right to vote, they do not need the permission of their husband to get a credit card. Western countries have female chancellors and black presidents.

Nevertheless, sexism and racism persist. Movements such as MeToo and Black Lives Matter made this fact painfully obvious. Current discourse is obsessed with the notion of bigotry and the fact that we are, after all, still not the same. This, however, does not mean that real progress has not been made. It seems like the more equal society becomes, the less equal it feels; only total equality could produce something like an impression of victory. Anti-racism and feminism suffer because they see a problem that they don't know how to solve. In this sense, even socialists have it better. They can point to a series of concrete actions that would suffice to fulfil their program: expropriation of all private enterprises, social control over the means of production, maybe the establishment of a council republic. Such tangible demands

are not readily available to feminism and anti-racism. After the victories of the last century, the problems these movements deal with are non-legal, non structural in nature. Bigotry cannot be abolished through a change in laws, a change in the relations of production.

As a result, feminism and anti-racism become increasingly moralistic and repressive. But the aggressive demand that men and white people change their harmful attitudes can only be taken so far. Soon, a more bleak perspective arises. No wonder Afropessimism and Gynopessimism are gaining popularity.

IV

Luckily, all of this might be irrelevant in the long run. The true force behind the liberation of women and ethnic minorities has always been ... capital. In its thirst for accumulation, it must assimilate and incorporate the totality of social reality. Why should capital refrain from making use of the intellectual and physical powers of the majority? Why should it remain confined to white men, when it can exploit the labour power of everyone, sell its products to everyone? Capital has no gender, no race, and no identity. It is only value creating value creating value, or machines making machines making machines.

The process of universal subsumption under the abstract logic of capital is, of course, already ongoing. It has been ongoing for over a century. It has liberated countless people from traditional gender roles and parochial ethnic collectivities. It has created an urbanised society of free individuals. Our contemporary discourse around "race" and gender might simply be an expression of this tendency, the background noise of objective necessity grinding its way out, burrowing through layers of established garbage.

Humankind is not a concept that must be defined through the exclusion of others. It is a by-product of bourgeois civilisation. If there is hope, it lies not in the conscious efforts of feminists and anti-racists, but in the inhuman, humanity-producing process of historical development.

The emergence of defeatist ideas such as Afropessimism and Gynopessimism may seem unfortunate. However we can find solace in the possibility that they may not matter after all.

KUSCHELKURS URLAUBSKOLONIALISMUS

GERT
HASBRÜLER

Es ist nicht nur das mitteleuropäische Auge, das wandert. Schwärme von Menschen verreisen jedes Jahr — um zu „erfahren“, zu „entdecken“, oder um zu „lernen“. Doch das bildungsbürgerliche Ideal dieses vermeintlichen Erfahrens bröckelt.

Urlaubszeit ist Erholungszeit. Endlich darf die Last des Alltags abgeworfen werden — auf der Reise in ferne und nahe Länder soll die Abwechslung den sonst so tristen Arbeitsalltag ertragbar machen. Daneben erhofft man sich, den eigenen Horizont zu erweitern, was frei nach Humboldt zur Persönlichkeitsbildung beitragen sollte. Und zugleich nicht unvergessen macht der Urlaub nebenbei sogar noch etwas: Spaß. Obwohl der Kapitalismus den modernen Urlaub zu einem erschöpfungsausgleichenden Massenphänomen hochskalierte, blicken viele noch mit Humboldts Augen auf die Möglichkeiten des Verreisens. Es bedarf einer Neubetrachtung: Wie gestalten sich die verschiedenen gesellschaftlichen Aspekte, die das ideologische Phänomen „Urlaub“ mitunter annimmt?

Das vielleicht kleinste Übel des Reisehypes, der mit dem Urlaub identisch geworden ist, sind wahrscheinlich die zahlreichen, studierenden Blagen, die mit ihren Interrailtickets großzügig Züge verstopfen. Wobei mindestens der eine Teil die Ruheabteile zu Erwachsenen-Spielplätzen umfunktionierte, während der andere die ohne hin schon raren Sitzmöglichkeiten mit Wanderrucksäcken okkupieren muss. Dass es mal wieder diese Zeit des Jahres ist, erkennt man auch daran, dass alle Freund_innen und Bekannte der Stadt entflohen sind — diese aber im Gegensatz zur Weihnachtszeit nicht leerer zu werden scheint. Denn zu Tausenden fallen nun wieder Horden von Urlaubsreifen und Reise lustigen in fremde Länder ein. Darum hat sich ein ganzer Lifestyle entwickelt — das Reisen, das ist auch ein Lebensgefühl, ein Prestigeobjekt, ein *vibe*. So zieht sich die wohl hochgelobteste Unsitte der westlichen Welt durch die Moderne und macht vor keiner sozialen Schicht halt.

Das Phänomen ist genauso intergenerational: Die Jugend wird dazu angehalten, ihre noch freie Zeit zu nutzen, etwas zu erleben, um sich und den eigenen Charakter zu bilden. Sie soll etwas sehen von der Welt — das helfe der Entwicklung — während ihr Weltbild unter den starren Vorgaben von Urlaub und seiner Ausschlichtung damit nur noch fester gezurrt wird. Danach werden sie genauso rastvoll wie widerstandslos in die Produktions- und Verwertungsmaschinerie eingereiht. Der gemeine Erwachsene dagegen muss diese Erlebnisse gelegentlich auffrischen und sich dabei für den Arbeitsalltag fit halten: Schließlich ist er auf die Illusion von Freiheit und Autonomie angewiesen, die ihm die 30 Urlaubstage im Jahr bringen. Der Rentner hingegen nutzt

die ihm verbliebene Zeit (sollten Rente und Gesundheit, wie für die wenigsten Menschen, tatsächlich ausreichen) vor allem für einen Urlaub, der eher synonym für ausgiebigen Konsum steht, wie es beispielsweise bei Kreuzfahrten der Fall ist.

Während man die Älteren oft noch an an ihren mit Ländern beklebten Koffern erkennen kann, präsentiert sich die jüngere Generation eher virtuell auf den sozialen Plattformen. *Travel, Vacation, Backpacking* — die Label der modernen Weltenbummler_innen, die stolze Reversnadel, ein mutig erkämpftes Abzeichen, getragen in den Online-Biographien der digitalen Welt. Die Orden, die es für die Heere des Kulturimperialismus nicht gibt, steckt man sich nun eben selbst an. Zum Andenken holt man sich schließlich Souveniere wie als Beute nach Hause und präsentiert sich auf Bildern am Ort ihrer Herkunft. Es wird *geposed*, vor und auf dem, was schon so selbstverständlich unterjocht ist. So bleibt den Erfahrungshungrigen wenigstens der Schein, sie begäben sich noch unmittelbar vor etwas Fremden — oder gar etwas Naturähnlichem. Doch weil sie selbst nur noch als Abbilder ihrer Heimat erscheinen, die der gleichen kapitalistischen Ökonomie verfallen ist, erfüllen sie selbst in der abgelegensten Gegend nur ihre grundlegende Funktion: sich für die Arbeit regenerieren.

Jeder Urlaub funktioniert für sie also wie eine Invasion, die den eigenen Sieg bestätigt. Was sich als Fremdes in anderen Kulturen vielleicht noch bewahrt und nicht schon Bekanntes ist, wird gar nicht erst verstanden. Die vorgegaukelte Weiterentwicklung der eigenen Person kann so nur noch Lüge sein. Einmarschieren für zwei Wochen — oder ein halbes Jahr — heißt nicht dort leben; die gesellschaftliche Dynamik fremder Kulturen bleibt komplex und ist für Urlaub-Machende in der Regel nicht zwangsläufig verständlich, geschweige denn in kurzer Zeit erlernbar. **Jede Behauptung einer großartigen Persönlichkeitsveränderung wird Teil der Urlaubsideologie. Im Zerrbild der mitteleuropäischen Brille wird stattdessen nur bestaunt: In allen Urlaubern steckt eben doch noch ein späher, kleiner Kolonialist. Das scheinbare positive Anerkennen der Andersartigkeit, der Wunsch, vielleicht irgendwann auszuwandern, um den heimischen Zwängen und seinem Stress zu entfliehen: Auch das bleibt letztendlich Selbstlüge.**

Ein gemütliches Leben in einer italienischen Kleinstadt, Frieden und Erfüllung vor vietnamesischen Streetfoodständen oder endlich das Glück in kubanisch-sozialistischer Einfachheit zu finden — es bleiben fremdprojizierte Träume, die immer die Zwänge in der Fremde vergessen. Doch überall muss der Lebensunterhalt bestritten werden, und spätestens mit regelmäßiger Lohnarbeit schleicht sich der selbe Alltag wieder ein und färbt die „neue“ Lebenswelt ins gewohnte Grau.

Genauso tragen Billigflüge um die ganze Welt schließlich bei zum kleinbürgerlichen Imperialismus, dessen Tourist_innenströme die sich darauf einstellenden Kulturen an die eigenen Bedürfnisse und Wünsche angleichen. Natürlich mag man die Fremde und dessen fremde Menschen begaffen, aber *um Gottes Willen*, bitte keinen Kulturschock provozieren... Sogar am Ziel der Reise will man den Start eigentlich nicht loslassen. Die globale Hegemonie des Westens etabliert sich so nicht ausschließlich auf rein wirtschaftlicher Ebene. Schlussendlich kommt es zur Kulturverschiebung: Der Westen übernimmt, besetzt die Welt, „das Wilde“ wird eingesperrt in die Käfige der Tourismusbranche. Die Einheimischen werden nicht interessiert, sondern überlegen begafft. So werden sie von der Zahlkraft der Gaffer_innen auch ökonomisch abhängig. Hat sich der Tourismus einmal so festgesetzt, stellt sich die örtliche Wirtschaft völlig darauf ein und es wird zur mittelschweren Katastrophe, bleibt jene*r einmal aus, wie die Covid-19-Pandemie zuletzt zeigte. Um die 70% der internationalen Ankünfte gingen zurück, was vor allem die stark vom Tourismus abhängigen Länder vor eine große Herausforderung stellte.

Auch im Inland macht die Überheblichkeit der Eigen- vor der Fremdgruppe nicht halt. Kleine Tagesausflüge oder Kurzurlaube im eigenen Land, um die Errungenschaften seiner Mit-Deutschen zu bewundern, bleiben bei herablassend-belustigenden bis neidvollen Blicken, und schließlich bleibt der Austausch bei einer Verteidigung des ‚Daheim ist es doch immer noch am schönsten‘-Mantras. Gleichzeitig wird auch hier Lebensqualität für Profit dezimiert. Wo Gentrifizierung schon ein Übel ist, ist die Tourismusbranche nicht weit und trägt ebenso zur Verdrängung bei. Wohnraum wird unter der Schirmherrschaft des freien Marktes zu Ferienwohnraum, der noch einmal mit höheren Mieten ausschließlich an Tourist_innen vermietet wird. Mit AirBnB hat dieser Markt noch viel größere Profite generieren können und reserviert dringend notwendige Wohnungen in Großstädten für Tourist_innen. Von dort aus werden die Städte dann überlaufen und niedergetrampelt, bis die abgeschliffenen Ecken und Kanten überall gleich glänzen und sich die ‚beschauliche Altstadt‘ nicht mehr von der Einkaufsmeile moderner Großstädte unterscheidet. Das Entscheidende ist: Es soll nicht nur viel konsumiert werden – das Reisen als Hobby wird leicht verdauliches Konsumgut.

Konsumiert werden Orte, die schließlich auf To-Do-Listen abgehakt werden. Werden schöne Ansichtskarten oder Urlaubsfotos als spaßige Erinnerungen präsentiert, dürfen sich auch andere neidvoll an der Glorie der mitgebrachten Erlebnisse ergötzen und sich angestachelt fühlen, zu ihrem eigenen Feldzug aufzubrechen. Das Aufzählen der Errungenschaften des sich selbst verschriebenen Kosmopolitismus durch rastloses Welterobern, das nicht nur keine Zeit lässt für sinnliche Erfahrung, misst zugleich das Ausmaß der bürgerlichen Borniertheit. Von der noblen Absicht des Bildens und Erfahrens bleibt so nichts mehr übrig.

So ist das in manchen Gegenden aufkommende Ressentiment gegen die Touristen nicht nur mehr als verständlich: Doch leider bleibt es im Protest meist bei zurückhaltendem Gebaren und einer handvoll Graffiti. Dabei kann man Tourist_innen nicht genug Hass entgegenbringen – bevor, und auch nachdem die eigene Wirtschaft, und damit vielleicht auch das eigene Überleben von ihnen abhängig geworden ist. Sie verdienen dieselbe Abneigung wie jede_r Chef_in oder Polizist_in, die_der eine_n unter die fremde Knute zwingt. Dass diese Abneigung richtig und wichtig wäre, wird auch nicht dadurch geschmälert, dass es wohl ein Kampf gegen Windmühlen bleiben wird. Politisch wird sich nichts tun. Wenn es ökonomisch nützt, wird der Tourismus unaufhaltsam als durchweg positiv befeuert. Von Landes- bis auf Kommunalebene ist man sich hierin also einig und wiederholt phrasenhaft: Es helfe der Wirtschaft und damit dem Land sowie der Kommune.

Am Ende glauben die Reisenden schließlich selbst an ihren Erfahrungsreichtum und ihre Reife, die ihnen gesellschaftlich zugesprochen wird. Das ist eine Vorstellung, die sich durch die Ideengeschichte der bürgerlichen Gesellschaft zieht – von der Odyssee über Alexander von Humboldt bis zu jedem Abiturienten aus reichem Elternhaus. Reste dieser Vorstellung bleiben am Mythos Reise weiterhin haften, und alle, die sich heute auf selbige begeben, rechnet man einmal mehr zu, den Strapazen der Heimat standhaft zu trotzen.

Selbst steigende Flugpreise oder Bedenken bezüglich des Klimaschutzes halten die Reiselustigen nicht ab: Der weltweite Flugverkehr ist laut Daten der International Air Transport Association jetzt schon fast wieder auf Vor-Pandemie-Niveau. Das Luftfahrt-Tracking-Unternehmen Flightradar24 berichtet von einem Rekord an kommerziellen Flügen seit Erhebung der Daten im Jahr 2006. Influencer_innen tragen zum Hype bei. Als personalisierte Werbebanner propagieren sie nicht nur Produkte, sondern auch einen *lifestyle*. Dort scheint sich alle Mühsal in der Fremde aufzulösen, die selbst im kleinen italienischen Bergdorf noch luxuriös daherkommt und alle wertvolle Erfahrung, die auf solch entfremdeter Ebene kaum noch erreichbar ist, wird in überspitzter cuteness und Niedlichkeit verdinglicht. Dem schließen sich für die letzten echten Abenteuer_innen des Urlaubs hemdsärmelige Bürgerkinder an. Nach dem Abitur mit 10€ und einem Unterhemd über den Globus gereist, verkaufen sie ihre Erlebnisse zum Nachahmen in Form von Reiseberichten und unterrichten in Insta-Postings. Da stellt sich so mancher Person vielleicht die Frage: Wozu auch die Welt erblicken, wenn man sie in Häppchenform serviert bekommt?

ПРАВДА

И

RefRat

Der Referent_innenrat (RefRat) vertritt die Student_innenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin (HU) und erledigt deren laufende Geschäfte. Er ist an die Beschlüsse des Student_innenparlaments (StuPa) gebunden. Der RefRat gliedert sich nach Arbeitsgebieten in sechzehn Referate, darunter das Referat für Publikation, welches für die Veröffentlichung der *HUch* zuständig ist.

35

Die Bezeichnung „Referent_innenrat“ gibt es nur an der HU. An den anderen Berliner Hochschulen ist gesetzlich die Bezeichnung „Allgemeiner Student_innenausschuss“ (AStA) vorgeschrieben, weshalb der offizielle Name des RefRat auch den Zusatz „gesetzlich AStA“ trägt. Trotzdem gibt es signifikante Unterschiede zu einem AStA, da die Referate des RefRats einzeln gewählt werden und nicht durch eine „Koalitionsregierung“. Das heißt, dass nach StuPa-Wahlen kein neuer RefRat konstituiert wird wie an Hochschulen mit einem AStA.

Diese Besonderheit des RefRats ist mit dessen Entstehung nach der Wende zu erklären. Ursprünglich hatten die Student_innen im Jahr 1989 ihre Interessenvertretung in einem Student_innenrat (StuRa) neu organisiert, so wie es auch andere ostdeutsche Hochschulen taten (und noch tun). Jedoch wurde auch der HU das (westdeutsche) Berliner Hochschulgesetz übergestülpt. Die studentischen Vertreter_innen konnten zwar nicht das StuRa-Modell durchsetzen, jedoch den klassischen AStA verhindern. Eine Art Kompromiss bildet der RefRat, wobei jedoch die 1993 beschlossene Satzung der Student_innenschaft erst 2002 von der Senatsverwaltung bestätigt wurde.

Weitere Informationen zu den einzelnen Referaten findet ihr online: www.refrat.de/referat.html

SSBS Studentisches Sozialberatungssystem

Das Studentische Sozialberatungssystem des Referent_innenrats bietet Beratungen zu den folgenden Themen an:

- Allgemeine Rechtsberatung
- Allgemeine Sozialberatung
- Antidiskriminierungsberatung
- BAföG- und Studienfinanzierungsberatung
- Sozial- und Arbeitsrechtliche Anfangsberatung
- Behinderung bzw. chronische Erkrankung – Enthinderungsberatung
- Internationale Studierende
- Studierende mit Kind(ern)
- Überforderung
- Beratung zu Lehre und Studium
- Hochschul- und Prüfungsrecht
- Studentische Studienfachberatungen
- Beratung bei sexistischen Belästigungen und Übergriffen
- Transberatung

Wenn ihr nicht wisst, welche Beratung passen könnte, kommt einfach erst einmal in die Allgemeine Sozialberatung!

Für weitere Informationen:
www.refrat.de/beratung

ИЗВЕСТИЯ

Semtix

Das Semesterticketbüro unterstützt Studierende, die aufgrund der Semesterticketgebühr in finanzielle Engpässe geraten. Mit ausführlichen Informationen und einer Rechtsberatung steht das Semesterticketbüro zur Seite und berät Studierende, die einen Antrag auf Zuschuss zum Semesterticket stellen möchten. Im Falle eines positiven Bescheids kann entweder ein Teil oder der gesamte Betrag der Semesterticketgebühren erstattet werden.

Weitere Informationen unter:
www.refrat.de/semnix

Service

Der RefRat bietet verschiedene Services für Studierende an, darunter die Möglichkeit, Anträge auf finanzielle Unterstützung (beispielsweise für Veranstaltungen oder Publikationsprojekte) zu stellen, oder Technik auszuleihen.

Weitere Informationen unter:
www.refrat.de/service.html

Kinderbetreuung

Der Kinderladen „die Humbolde“ ist eine zusätzliche Kinderbetreuungsmöglichkeit für die Kinder von Studierenden am HU-Standort Mitte. Der Kinderladen versteht sich als zusätzliche Betreuungsmöglichkeit zu den städtischen Kitas. Wir betreuen bis zu 25 Kinder im Alter von 1 Jahr bis Vorschule.

Die Humbolde wurde 1995 auf Initiative studierender Eltern eingerichtet, um den Besuch von Lehrveranstaltungen, Sprachkursen etc. auch außerhalb der üblichen Kitaöffnungszeiten zu ermöglichen. Damit erklären sich die für eine Kinderbetreuungseinrichtung unüblichen Öffnungszeiten.

Bewerbungen für einen Kinderbetreuungsplatz erfolgen per Email, es gibt eine Warteliste.

Weitere Informationen unter:
www.refrat.de/kinderbetreuung.html

JACOBIN



liest, hört und macht:

www.spektakel.org

- 1 Kunst
- 2 Spektakel
- 3 Revolution

FORUMRECHT

4 Mal im Jahr • Recht • Kritik • Politik

Dem konservativ geprägten herrschenden Diskurs im juristischen Bereich setzen wir ein Zeitschriftenprojekt entgegen, in dem kritische Stimmen und Positionen zu Wort kommen, die in der gängigen rechtspolitischen Diskussion zu kurz kommen.

Probeabo

3 Ausgaben für nur 7,50€ ohne automatische Verlängerung

www.forum-recht-online.de

Twitter @ ForumRecht

37

re:volt magazine

revoltmag.org

das linke
und antikapitalistische
politik-analyse-bewegungs-magazin

**LESEN, WAS ANDERE
NICHT WISSEN WOLLEN**

konkret



Straßen aus Zucker

KARIES FÜR
DAS KAPITAL

DIE ANTIATIONALE BRAVO
KOSTENLOS BESTELLBAR
ÜBERALL HIN LIEFERBAR
LEICHT VERSTÄNDLICH

h umboldt
u niversität
u ndogmatische
l inke
s tudierende

ak

analyse & kritik

Zeitung für linke
Debatte und Praxis

www.akweb.de



Obersatz. Definition. Subsumtion. Ergebnis.
War's das?

Nein — es folgt der Arbeitskreis kritischer Jurist*innen!
Wir halten das Jurastudium für unzureichend, veraltet und autoritär. Deshalb wollen wir Perspektiven bieten, die sowohl über die juristische Ausbildung als auch über die bestehenden Verhältnisse hinausweisen. In einer krisenhaften Gesellschaft verstehen wir unser Studium als Mittel, das Marginalisierten zu ihrem Recht zu verhelfen kann. Unsere studentische Gruppe ist offen für jeden, beschäftigt sich mit rechtspolitischen Themen, organisiert Veranstaltungen und Gruppenpraktika bei engagierten Anwältinnen, beobachtet Demonstrationen und tritt für mehr Solidarität im Juraalltag ein.



akj.rewi.hu-berlin.de



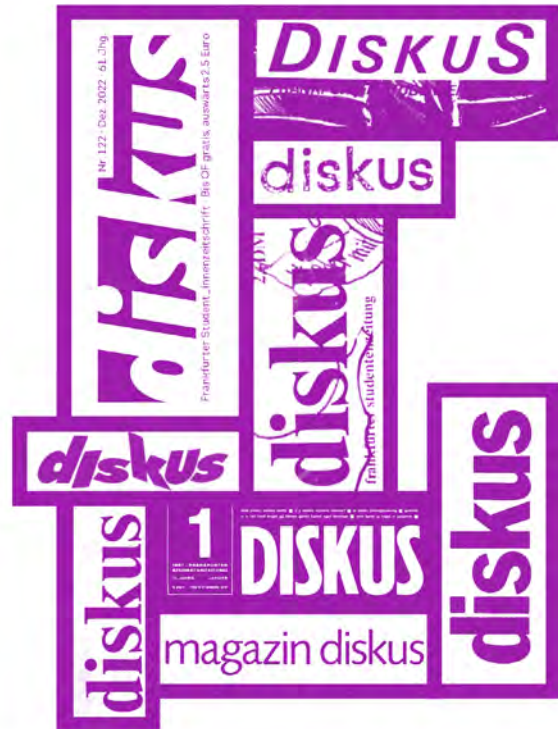
monatliches get-together
von und für
trans*, inter* und
nicht-binäre personen
an berliner hochschulen

Unitin* entstand im Wintersemester 2020/21, mitten in der Covid-19 Pandemie. In der Zeit des Homestudying & -office wollen wir für trans*, inter* & nicht-binäre Personen an Berliner Hochschulen einen Raum schaffen, in dem wir uns austauschen und gemeinsam diese Zeit des "Social Distancing" überstehen können. Außerdem sind wir immer wieder in der Hochschulpolitik aktiv, um die Situation von TIN*Personen zu verbessern. Ein paar Studierende haben diese Gruppe gegründet. Der Space soll aber nicht nur für Studierende sein. Falls du Lust hast, zu einem Treffen zu kommen, dir aber nicht sicher bist, ob Unitin* etwas für dich ist, zögere bitte nicht, uns zu schreiben



Wir freuen uns jederzeit über neue Gesichter!

unitin-berlin.mailchimpsites.com



DIE NEUE DISKUS. 1.22 · »ARCHIV«
diskus.copyriot.com

sowieso-journal.de

Erste Ausgabe diesen Sommer!



★ la:iz

Für eine konsequente Kritik & wider
den reaktionären Schwachsinn.

Studentische Zeitschrift
an der Universität Hamburg.



nc-uhh.de @nc_uhh new.critique@astz.uni-hamburg.de

IMPRESSUM

HUch #97

Dezember 2023, Berlin
(Redaktionsschluss 1. Oktober 2023)

Auflage

2.000 Exemplare
PDF zum Download über: www.refrat.de/huch

Herausgeber_in

Tea Medar Collot
für den ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin
(ges. AStA)

Redaktion

Ronja Arndt
Tea Medar Collot
Elio Nora Hillermann
(V.i.S.d.P.)

Alle Beiträge stehen, soweit nicht anders angegeben,
unter Creative Commons License.

Verwendung und Bearbeitung unter folgenden Bedingungen:

- Angabe der Autorin oder des Autors
- Nichtkommerzielle Verwendung
- Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen

Die einzelnen Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der Redaktion und/oder des gesamten RefRats wieder. Für die Selbstdarstellungen studentischer Initiativen sind weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich.

Anschrift

HUch – Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung
Unter den Linden 6
10099 Berlin

publikation@refrat.hu-berlin.de
www.refrat.de/huch

Abbildung Umschlag

»Gerechtigkeit für Bilek«
Demonstration, Herford, 07.10.2023
© Kinkalitzken
Umbruch-Bildarchiv
www.umbruch-bildarchiv.org

Fotografien Innenteil

Maximilian Schaaf

Poster

inspiriert von dem Titelblatt der *Agit 883*, Nr. 70, 28.10.1970
sowie dem Holzschnitt »Jesu Geburt im Stall von Bethlehem
und die Anbetung der Hirten«, Albrecht Dürer, ca. 1502

Satz und Gestaltung

Schroeter & Berger, Berlin
www.schroeterundberger.de

Druck und Endfertigung

Hinkelstein-Druck sozialistische GmbH
www.hinkelstein-druck.de

DIE HUCH ABONNIEREN

Die *HUch* könnt ihr ganz einfach abonnieren, indem ihr uns eine Email mit dem Betreff ‚Abowunsch‘ sowie der von euch gewünschten Postanschrift schickt.

Ihr bekommt dann jede neue *HUch* kostenfrei zugesendet.

huch@refrat.hu-berlin.de

MITARBEIT BEI DER HUCH

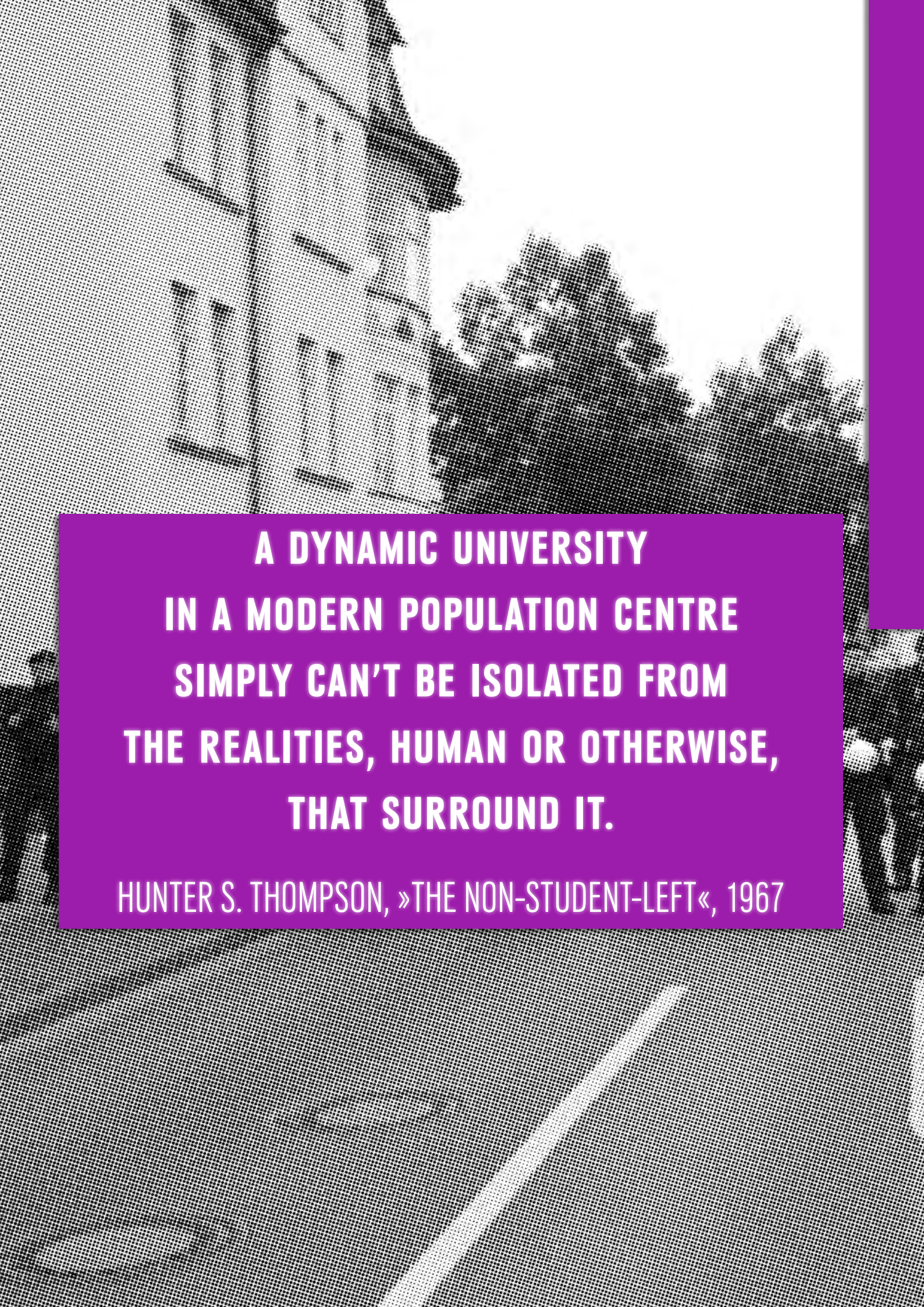
Als Zeitung der studentischen Selbstverwaltung versucht die *HUch* einen Raum zu schaffen, in dem selbstbestimmt, diskussionsfreudig und meinungsstark zu hochschulpolitischen und gesellschaftlichen Fragen gearbeitet werden kann. Außerdem soll sie ein Ort sein, an dem Student_innen journalistische Erfahrung sammeln und sich im Verfassen von Texten sowie in redaktionellen Tätigkeiten ohne professionellen Leistungsdruck üben können.

Wenn ihr Interesse daran habt, einen Text oder auch Bilder in der *HUch* zu veröffentlichen, meldet euch gerne bei uns! Die *HUch* erscheint im Print zweimal im Jahr und wir veröffentlichen normalerweise im Vorhinein einen Call for Papers, in dem auch der Themenschwerpunkt bekannt gegeben wird. Artikel können aber auch unabhängig davon vorgeschlagen oder eingereicht werden, wir sprechen dann gerne individuell mögliche Formate für die Veröffentlichung mit euch ab. Wenn ihr Interesse an einer Mitarbeit in der Redaktion habt, könnt ihr uns das gerne auch wissen lassen. Allerdings ist zur Zeit wegen des Arbeitsaufwands der Einarbeitung unser Vorgehen so, dass wir alle Personen vor Aufnahme in die Redaktion darum bitten, zunächst einen Artikel bei uns einzureichen. So lernen wir uns erst einmal kennen und können dann weitere Schritte der Zusammenarbeit besprechen. Für Artikel, Textideen, Bilder oder sonstige Fragen rund ums Thema Mitarbeit, schreibt uns gerne eine Email oder kontaktiert uns über Social Media.

Twitter @huchzeitschrift

Instagram @huchzeitschrift

Facebook HUch kritische Studierendenzeitschrift



**A DYNAMIC UNIVERSITY
IN A MODERN POPULATION CENTRE
SIMPLY CAN'T BE ISOLATED FROM
THE REALITIES, HUMAN OR OTHERWISE,
THAT SURROUND IT.**

HUNTER S. THOMPSON, »THE NON-STUDENT-LEFT«, 1967